Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 107. **Halle a. S., Sonnabend, den 5. März.** **1910.**

Reform des Vorverfahrens im Strafprozeß.

-tt- Die mit der Vorberatung der Strafprozeßreform betraute Kommission ist am Donnerstag in die Beratung der Strafprozeßordnung eingetreten, nachdem sie sich vorher mit der dem Reichstag vorgelegten Novelle zum Strafgesetzbuch beschäftigt hat. Die Kommission ist vor eine große und schwierige Aufgabe gestellt. Der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes enthält eine Fülle von Streitfragen, die seit Jahren die juristische Welt und auch das rechtsuchende Publikum lebhaft beschäftigt haben. Unzweifelhaft enthält die neue Strafprozeßordnung in vielen Punkten wichtige Fortschritte, aber andererseits haben bedeutsame Aufgaben, die im Interesse einer zeitgemäßen und volkstümlichen Rechtsprechung gelöst werden müssen, in der Vorlage der verbündeten Regierungen keine befriedigende Lösung gefunden. Die Kommission wird viele Monate hindurch die Vorschläge des Bundesrats eingehend beraten.

Zunächst wird sich die Kommission mit dem Vorverfahren im Strafprozeß zu beschäftigen haben. Das Vorverfahren ist das wichtigste und schwierigste Reformgebiet, weil einzelne Fehler, die hier gemacht werden, häufig im Hauptverfahren nicht mehr ausgeglichen werden können. Am weitesten verbreitet sind die Klagen über die Praxis der Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen wesentlich den Behörden und Beamten des Sicherheitsdienstes zu überlassen, ferner über die Wiederholung derselben Prozeßaufgabe durch den Untersuchungsrichter und das allzu viele Hin- und Herschicken der Akten. Der Angeschuldigte erfährt auch zu spät und zu unvollkommen von der Gesamtheit des gegen ihn gesammelten Belastungsmaterials, ist also in seiner Verteidigung beschränkt. Der Eröffnungsbeschluß wird als nicht nur überflüssige, sondern präjudizierend schädliche Einrichtung behandelt. Dazu kommen noch zahllose Einzelklagen über Protokollierung, Untersuchungshaft und dergleichen mehr.

Der jetzige Untersuchungsrichter ist nur der mit Vollmachten ausgestattete Gehilfe des Staatsanwalts. Die gerichtliche Voruntersuchung ist heute nichts anderes als ein von einer richterlichen Person ausgeführtes potenziertes Ermittlungsverfahren. Der Untersuchungsrichter soll das unentbehrlichste Organ des ganzen Vorverfahrens bleiben; aber er muß werden, was der Name sagt, Richter der Untersuchung. Richter ist der über den Parteien Stehende und über ihre Ansprüche Entscheidende; ein solcher würde auch der Untersuchungsrichter sein.

Für die Rechtsstellung des Beschuldigten soll als allgemeiner Grundsatz gelten: die Staatsanwaltschaft hat nicht bloß die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln; aber der Beschuldigte muß ein Recht auf Vernehmung im Ermittlungsverfahren haben. Es darf nicht ferner geschehen, daß ein Ermittlungsverfahren gegen jemand aufgenommen, durchgeführt und abgeschlossen wird, ohne daß er eine Ahnung davon und der Staatsanwalt ihn gesehen hat. Es ist nicht genug, daß die Staatsanwaltschaft vor Einreichung der Klageschrift dem Beschuldigten die Gesamtheit der von ihr gesammelten Beweise zur Erklärung vorhalten soll. Für die materielle Entscheidung ist der Vorsprung des Staatsanwalts schon viel zu groß; für die Aufgabe des Staatsanwalts ist es viel zu spät, wenn dieser die Bekanntschaft des Angeklagten, gegen den er öffentliche Anklage erhoben hat, erst in der Hauptverhandlung macht.

Vor allem aber enthält die Untersuchungshaft eine gewaltige Benachteiligung des Beschuldigten. Die Untersuchungshaft ist die größte Beschränkung der materiellen Verteidigung, die gedacht werden kann; keine noch so liberale Freiheit des Verkehrs mit dem Verteidiger kann dafür entschädigen. Da bedarf es des Gegengewichts, des Vorverfahrens. Die Notwendigkeit der Untersuchungshaft für gewisse Fälle wird niemand bestreiten, aber weniger wäre besser! Hoffentlich gelingt es der Kommission, die angeführten Mängel zu beseitigen und ein Werk zustande zu bringen, das allseitig als erfreulicher Fortschritt angesehen wird und alsdann ohne sonderliche Schwierigkeiten die zweite und dritte Lesung im Plenum passieren kann.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom 4. März 1 Uhr.

Eingegangen: die Entwürfe eines Gesetzes betr. die Kompetenz des Reichsgerichts und eines Gesetzes betr. Aenderung der Rechtsanwaltsordnung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein schleuniger Antrag Geck, unter Aufhebung des Beschlusses vom 18. Januar die Genehmigung zur Fortführung einer gegen ihn schwebenden Privatklage zu erteilen.

Der Antrag geht an die Geschäftsordnung-Kommission.

Dann wird die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

Kapitel Reichsgesundheitsamt, fortgesetzt.

Abg. **Neuner** (ntl.)

plädiert für eine einheitliche Regelung des Apothekenwesens von Reichs wegen, verbreitet sich über die Notwendigkeit eines noch zu verstärkenden Schutzes des wertvollen deutschen Viehbestandes gegen Versuchungsgefahren und fragt, ob nicht endlich eine Gesetzesvorlage zur Regelung des Abdeckereiwesens zu erwarten sei.

Staatssekretär Delbrück:

Ein Entwurf zur Regelung des Apothekenwesens ist ja bereits veröffentlicht worden und es ist dazu reiches gutachtliches Material eingegangen. Es haben sich da aber einzelne Schwierigkeiten herausgestellt, die wir zu lösen nicht in der Lage sind. Es ist namentlich schwierig zu regeln, wie bei Ableben eines Konzessionsinhabers dann, wenn die Konzession nicht mehr veräußert oder vererbt werden kann, bei der Neuerteilung der Konzession zu verfahren sei. Dagegen, daß einfach nach der Reihenfolge einer Gehilfenliste die Konzession zu vergeben sei, haben mehrere Einzelregierungen Verwahrung eingelegt. Ich werde aber bestrebt bleiben, die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu lösen. Was das Abdeckereiwesen anlangt, so hat schon mein Amtsvorgänger hier Grundsätze dargelegt, wie er die Sache zu regeln beabsichtige. Aber es haben sich inzwischen Schwierigkeiten ergeben durch die Frage, wie die Ablösung bleibender Rechte zu regeln ist. In Preußen namentlich sind da Schwierigkeiten entstanden durch ein höchstgerichtliches Erkenntnis, bei dem sich über die Frage der Bedeutung und des Werts der abzulösenden Abdeckereien ein ganz anderes Bild ergeben hat, das die Ablösung verteuert. Ehe nicht diese Schwierigkeit aus dem Wege geräumt ist, läßt sich eine Vorlage nicht in Aussicht stellen. Was den Schutz des deutschen Viehstandes anlangt, so werden die Schutzvorschriften an der Grenze durchaus mit aller nötigen Energie und Entschlossenheit gehandhabt. Es sind darin sowohl Reichsamt des Innern, wie die Einzelregierungen durchaus einig. Endlich hat Vorredner noch ein gesetzgeberisches Vorgehen gewünscht gegen Schwindel im Zusammenhange mit dem Hypnosewesen. Diese Angelegenheit wird geregelt werden beim Kurpfuschergesetz.

Abg. **Brühne** (Soz.)

wünscht beschleunigtes gesetzgeberisches Vorgehen gegen Verunreinigung von Flüssen durch Abwässer und klagt über noch immer fortdauernde Ausbeutung von Kindern in Fabriken. Im Bäckereigewerbe herrschten noch immer arge Mißstände gesundheitsschädlicher Art. Himmelschreiende Barbarei herrsche in gewissen Fürsorgeanstalten, nicht nur in Mielczyn, sondern auch schon in süddeutschen Anstalten.

Präsident **Bumm** vom Gesundheitsamt:

Der Vorredner hat sich über Verunreinigung des Mains durch Schmutzabwässer von Fabriken beklagt. Die Tatsache ist richtig. Aber die Behörden haben sich auch schon darum bekümmert und sich auf eine sachgemäße Kontrolle geeinigt. Daß Besserung nicht von heute auf morgen eintreten kann, ist selbstverständlich, aber der Mißstand wird jedenfalls nachlassen. Auch wo in den Gewerbebetrieben noch Mißstände vorhanden sind, wenden die Behörden dem ihre Aufmerksamkeit zu. Der Abg. Lehmann klagte gestern über Außerachtlassung der Vorschriften zur Verhütung von Bleivergiftungen. Daß Vorschriften übertreten werden, wird ja immer vorkommen, aber wo Mißstände sichtbar werden, gehen die Behörden vor. Jedenfalls gibt der Herr Abgeordnete selber zu, daß die Vorschriften an sich selber zweckmäßig und gut sind. Bleiweiß überall zu ersetzen durch Zinkweiß ist unmöglich. Herr Kobelt hat sich gestern beschwert über zu strenge Kontrolle der Nahrungsmittel, der Konserven, auf die Art der dabei verwandten Konservierungsmittel. Daß die Kontrolle den Nahrungsmittelhändlern unbequem ist, glaube ich ja. Aber es kommt doch auch auf die Interessen der Konsumenten an. Nichts ist erwünschter und nötiger, als eine strenge Nahrungsmittel-Kontrolle (Rufe: sehr richtig!), nichts ist mehr im Interesse der Konsumenten gelegen!

Abg. **Leonhart** (frs. Vp.)

stimmt zunächst einem Antrage v. Treuenfels zu, der sich gegen den Mißbrauch narkotischer Mittel wendet, und befürwortet eine von ihm selbst eingebrachte Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, in den nächsten Etat Mittel einzustellen zur Erforschung und Bekämpfung des Alkoholismus. Wenn das auch, wie in einem der Vorjahre vom Bundesratstische aus eingewendet worden, in der Hauptsache Angelegenheit der Einzelstaaten sei, so habe doch auch das Reich als solches allen Anlaß, für einen so hervorragenden Zweck Aufwendungen zu machen.

Staatssekretär Delbrück:

Den Kampf gegen den Alkoholismus zu führen, ist in erster Linie Sache der Eltern, der Erzieher, der Meister, der Vorgesetzten. Es handelt sich da in der Hauptsache um Aufklärungsarbeit. Aber auch an dieser Aufklärungsarbeit hat sich das Reich beteiligt, es gibt schon jetzt 10 000 Mark zur Unterstützung an Vereine, die auf diesem Gebiete wirken. Im wesentlichen wird es Sache der Kommunen sein, da noch mehr zu tun. Jedenfalls können diese mehr leisten, als dies durch Ministerialerlaß geschehen kann. Eine Alkoholismus-Statistik würde ebenso schwierig wie teuer sein. Soweit es an mir liegt, solche Bestrebungen zu fördern, werde ich es nicht an mir fehlen lassen, dessen können sie versichert sein.

Abg. **Brgeiski** (Pole)

wünscht energischere Maßnahmen gegen die Wurmkrankheit, die sich neuerdings auch auf die Ziegeleiarbeiter ausdehne.

Abg. **v. Treuenfels** (kons.)

empfiehlt eine Resolution gegen den Mißbrauch narkotischer Arzneimittel, durch die der Morphinismus und Cocainismus gefördert wird.

Präsident Dr. **Bumm:**

Schutzmaßnahmen bestehen schon. Die Apotheker sind verpflichtet, Morphium nur an zuverlässige Personen abzugeben. Man kann nicht soweit gehen, die Aerzte unter Kontrolle zu stellen. Eine Revision der kaiserlichen Verordnung ist im Gange. Von einer weiteren Ausdehung der Wurmkrankheit wissen wir nichts.

Abg. Dr. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.)

begrüßt es, daß die kaiserliche Verordnung revidiert werden soll. Herr Lehmann hat die Bleigefahren übertrieben. Die Herren reden ja nur, damit es in den „Vorwärts" kommt und zur Agitation verwendet werden kann. (Beifall rechts.) Der Redner bespricht das Apothekengesetz und schlägt vor, dem ältesten Gehilfen „in der Regel" die neue Konzession zu geben.

Abg. **Frank-Ratibor** (Ztr.)

bittet zu erforschen, ob durch die Mittel auch Krankheiten übertragen werden können.

Präsident Dr. **Bumm** erklärt, daß die Frage geprüft werde.

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.):

Nachdem man durch persönliche Zänkereien die Zeit vergeudet hat, nimmt man uns jetzt die Möglichkeit, wichtige Fragen vorzubringen.

Die Resolutionen werden angenommen.

Die Abg. Graf **Praschma** (Ztr.) und **Wilckens** (kons.) fordern eine Reichsanstalt für Milchwirtschaft.

Abg. **Siebenbürger** (kons.)

verlangt eine weitere Erforschung der Schweinepest.

Staatssekretär **Delbrück**

äußert Bedenken gegen die Errichtung neuer Reichsanstalten.

Beim „Patentamt" bringt Abg. **Sommer** (frs. Vp.) Beamtenwünsche vor.

Abg. Dr. **Junck** (ntl.)

richtet an den Staatssekretär die Frage, wann die Reform des Patentgesetzes komme. Sie ist dringend notwendig wegen der wünschenswerten Verbilligung der Patentgebühren, ferner wegen des Erfinderrechts der Angestellten, das in ausgleichender Weise gelöst werden muß, und wegen des Ausführungszwanges. Deutschland hat den Ausführungszwang, Amerika nicht. Ein Engländer kann z. B. in Deutschland, um den Ausführungszwang los zu werden, sein Patent einem Amerikaner übertragen, oder die deutsche Filiale einer amerikanischen Firma überträgt das Recht zurück an das Stammhaus. Hoffentlich kommt ein neues Patentgesetz recht bald.

Staatssekretär **Delbrück:**

Würde über alle Fragen, die bei der Reform des Patentrechts zu lösen sind, Klarheit herrschen, so hätte ich schon einen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich hoffe, daß ich noch im Laufe dieses Jahres einen vorläufigen Entwurf der Oeffentlichkeit unterbreiten kann.

Es ist doch sehr fraglich, ob man lediglich wegen der Personalverminderung ein von der Industrie gelobtes Verfahren abändern soll. Eine Ermäßigung der Gebühren ist unter bestimmten Voraussetzungen wohl am Platz. Man kann aber diese Frage auch unter dem Gesichtspunkt einer Einschränkung des Geschäfts behandeln, um die Regelung des Erfinderrechts kommen wir nicht herum, ebenso um die Frage des Ausführungszwanges. Die Aenderung muß dahin erfolgen, daß der Ausführungszwang für die Inländer im Inlande wegfällt, aber im Inlande bestehen bleibt für solche Patente, die nur im Auslande ausgeführt werden. In diesem Sinne werde ich Ihnen Reformvorschläge machen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.):

Diese Erklärungen werden in der Industrie Befriedigung hervorrufen. Maßnahmen gegen Erfinderqualanten sind berechtigt. Man muß aber auch auf die armen Schlucker Rücksicht nehmen, die wertvolle Patente haben, die verfallen, weil sie nicht weiter zahlen können. Schroffe Maßnahmen gegen das Ausland führen zu Repressalien. Eine internationale Verständigung wäre das beste.

Staatssekretär **Delbrück:**

Durch eine höhere Anmeldegebühr würden viele wertlose Dinge vom Patentamt ferngehalten werden.

Beim Reichsversicherungamt fordert

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vgg.)

die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zum Reichsversicherungsamt.

Abg. **Hebel** (Ztr.)

führt Beschwerde über mangelhafte Seelsorge für die Katholiken in den württembergischen Landesversicherungsanstalten.

Abg. **Schwabach** (ntl.)

protestiert dagegen, daß die See- und Küstenfischerei, die nur im Nebenberuf ausgeübt wird, ebenfalls zur Versicherungspflicht herangezogen wird.

Abg. Dr. **Potthoff** (frs. Vgg.)

weist auf die Erregung der Privatbeamten hin, die erwartet hatten, daß ihre Pensionsversicherung noch vor der Reichsversicherungsordnung erledigt werden wird.

Abg. **Hoch** (Soz.)

kritisiert die Rechtsprechung des Reichsversicherungamts.

Direktor im Reichsamt des Innern **Caspar**

erklärt, daß über die Einführung der Verhältniswahl zu den Schiedsgerichten Erhebungen schweben. Die Beschwerden des Abg. Hoch über Härten bei der Auszahlung der Renten erklärt der Regierungsvertreter für übertrieben.

Die Abgg. **Wittberger** (Elsässer) und **Schwartz**-Lippstadt (Ztr.) klagen über Härten bei den sog. „Schnapsrenten", den kleinen Unfallrenten.

Beim „Kanalamt" sprechen die Abgg. Dr. **Bitter** (Ztr.), Dr. **Hahn** (kons.), **Carstens** (frs. Vp.) und **Spethmann** (frs. Vp.) über die Verhältnisse am Kaiser Wilhelm-Kanal.

Zum Schluß wurde noch der Titel der einmaligen Ausgaben erledigt, zu dem Wortmeldungen nicht vorlagen.

Sonnabend 10 Uhr: Weiterberatung und Marine.

Schluß 8¾ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0001

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 4 März.

Am Ministertische: **Sydow, v. Velsen.**

Vizepräsident Dr. **Porsch** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die zweite Lesung

des Bergetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Salzwerke".

Abg. **v. Woyna** (frk.):

Der Kalibergbau in Hannover hat sich anfangs recht gut entwickelt. Später setzte aber eine ungesunde Entwickelung ein durch zu viele Gründungen von Bergwerken. Gegen das geplante Reichskaligesetz habe ich nichts einzuwenden, hoffe aber, daß man noch manches der Regelung durch die wirtschaftlichen Verhältnisse überläßt und nicht alles gesetzgeberisch vorsehen will. Wir müssen aber auch daran festhalten, daß die Bergrechte Preußens durch ein umfassendes Reichsberggesetz nicht angetastet werden dürfen.

Abg. **v. Arnim**-Züsedom (kons.):

Die Kalistrage wird ja im Reichstage entschieden werden. Meine Partei wünscht, daß das dem Reichstage vorliegende Kaligesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen zur Annahme gelangen möchte. Wir brauchen stabile Inlandspreise und höhere Auslandspreise. Wir können das erreichen, da Deutschland ein natürliches Kalimonopol hat. Das Ausland darf das Kali nicht so billig bekommen, daß es der deutschen Landwirtschaft in ungehöriger Weise Konkurrenz bereiten kann. (Beifall rechts.)

Handelsminister Sydow:

Das Reichskaligesetz soll dafür sorgen, daß das Kali nicht zu billig an das Ausland abgegeben und daß der Inlandkonsum an Kali nicht unnötig verteuert wird. Die preußische Regierung tut alles, um diese Grundsätze zur Geltung zu bringen. Es handelt sich übrigens nicht um eine Frage des Bergrechts, sondern um eine Frage des Handels mit fertigen Produkten. Das Verlangen nach einem Reichsberggesetz kann auch ich nicht für gerechtfertigt halten.

Abg. **Macco** (ntl.):

Wir sollten in der Ausnutzung unserer Kalischätze durchaus nicht ängstlich sein; wir müssen sie vielmehr im Interesse unseres Vaterlandes nach Möglichkeit verwerten.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den „dauernden Ausgaben" verlangt

Abg. **Sauermann** (Ztr.)

Wiedereinführung des früheren Zustandes, wobei die Sonnabendschicht der Bergleute zwei Stunden früher endete und die Montagsschicht zwei Stunden später anfing. Jetzt können viele verheiratete Bergleute ihr ziemlich weit im Hinterlande der Zechen gelegenes Heim nicht mehr am Sonnabend, sondern erst am Sonntag Vormittag erreichen und Montag früh um 4 Uhr müssen sie schon wieder auf der Zeche sein. Die Versetzung auf eine ihrem Wohnort näher gelegene Zeche, die jetzt von der schwierigen Gestellung eines Tauschmannes abhängig ist, sollte erleichtert werden. Die stramme militärische Disziplin führt vielfach zu unnötigen Härten. (Beifall im Ztr.)

Abg. **Röchling** (ntl.):

Die Klage über zu straffe militärische Disziplin auf den fiskalischen Werken ist unbegründet. Die Arbeiter sind meist ehemalige Soldaten. (Zuruf des Abg. Gronowski.) — Doch, Herr Gronowski, Sie selbst mögen ja nicht gedient haben, mir steht's wenigstens nicht so aus! (Heiterkeit.) Die Disziplin verbürgt die Ordnung auf den Werken und einen geregelten Fortgang der Arbeit. Daß die Arbeiter verpflichtet wären, auch den unsinnigsten Befehl der Beamten auszuführen, ist grundfalsch. Den Steigern sollte nicht nur das Aufrücken zu Bureauassistenten, sondern auch zu Schichtmeistern ermöglicht werden. (Beifall bei den Natlib.)

Die Abgg. **Goebel** (Ztr.), **Ahrens**-Kl. Flöthe (kons.), **Spinzig** (frk.) und **Lüders** (frk.) bringen Beamtenwünsche vor.

Oberberghauptmann **v. Velsen**

sagt möglichstes Entgegenkommen in der Frage der Verkürzung der Sonnabendschichten und des späteren Beginns der Montagsschichten zu; zu bedenken sei aber, daß dadurch die große Mehrheit der dicht bei der Zeche wohnenden Arbeiter zugunsten der wenigen entfernt wohnenden geschädigt werde. Die Gestellung eines Tauschmannes bei Anträgen auf Versetzung eines Bergmannes nach einer anderen Grube sei unerläßlich und auch für die Arbeiter kein Mißstand. Die Arbeiter würden gut behandelt. Die Sorge um das Aufrücken der Steiger in Schichtmeisterstellen sei einstweilen verfrüht.

Abg. **Sauermann** (Ztr.):

Wenn der Zwangsarbeitsnachweis im Ruhrrevier bisher hier nicht besprochen ist, so soll damit nicht gesagt sein, daß die Bergleute mit ihnen zufrieden sind. Wir werden darauf noch zurückkommen. Die Löhne der Bergarbeiter sind nicht so glänzend, wie vielfach behauptet wird. Bei der Auswahl der Bergarbeiter ist man nicht wählerisch. Im vorigen Jahre hat man allerlei Hafenarbeiter herangeholt, die dann fürchterlichen Skandal auf der Zeche schlugen. (Hört! hört!)

Oberberghauptmann **v. Velsen:**

Bei den Arbeiterlöhnen muß man ein Moment berücksichtigen. Es halten manche Arbeiter zunächst absichtlich mit ihrer Leistung zurück, um den Durchschnittsverdienst derartig herunterzudrücken, daß sie mit anscheinend gutem Grunde sagen können: ein solch niedriger Verdienst muß erhöht werden.

Abg. **Rören** (Ztr.)

bespricht die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter im Saarrevier. Die Löhne sind dort so niedrig, daß sie nicht genügen, um den allernotwendigsten Unterhalt für die Familie zu bestreiten. Sie sind auch niedriger, als in den Privatbetrieben.

Handelsminister **Sydow:**

Der Vorredner hat die Löhne in den fiskalischen Gruben im Saarrevier mit den Löhnen privater Gruben im Ruhrrevier verglichen. Solche Vergleiche kann man nicht ziehen. Auf der einen Seite wünscht man Erhöhung der Arbeiterlöhne, auf der anderen Seite aber größere Einnahmen aus den Bergwerken.

Abg. **Röchling** (ntl.):

Eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne würde eine Verteuerung der Kohle zur Folge haben. Damit wird wohl niemand einverstanden sein. Eine gleiche Löhnung in allen Revieren ist unmöglich, da die Lebenshaltung in den einzelnen Gebieten sehr verschieden ist.

Abg. **Imbusch** (Ztr.):

Die jetzige Regelung der Stimmabgabe bei den Wahlen der Sicherheitsmänner erbittert die Bergarbeiter. Für Wohlfahrtszwecke sollten höhere Summen im Etat eingestellt werden. Die Zuwendung der Gelder aus diesen Fonds an die Knappschaftskassen sollte aber nicht dahin führen, die Selbstverwaltung dieser Kassen zu beschränken, was leider mehrfach versucht worden ist.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß der Vorredner aus einzelnen Fällen ein zu schwarzes Bild male. Die Knappschaften haben einen Aufschwung genommen, der das Herz im Leibe lachen mache.

Auf eine Anfrage des Abg. Göbel (Ztr.) erklärt **Geheimrat Meißner**, daß an amtlicher Stelle bisher vom Auftreten schlagender Wetter auf der Kleophasgrube nichts bekannt sei.

Beim Kapitel „Bergtechnische Lehranstalten" fordert

Abg. **Spinzig** (frk.)

die Gleichberechtigung der Bergakademie mit den technischen Hochschulen.

Abg. **Macco** (ntl.)

wünscht Verbesserungen der Baulichkeiten der geologischen Landesanstalt und der Berliner Bergakademie.

Minister **Sydow** sagt Prüfung dieser letzten Wunsches zu.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Handelsetat.)

Schluß 6¼ Uhr.

*

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat nichts bemerkt.

(Meldung unseres Berliner *-Mitarbeiters.)

Berlin, 4. März 1910.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe.

„Ueber die Wahlrechtskundgebungen am vorigen Sonntage finden sich Angaben im „Standard", wonach der Kaiser den Massenaufzug von einem Fenster des Schlosses aus beobachtet hätte. Das ist falsch. Der Kaiser hat von der Demonstration nichts bemerkt. Unrichtig ist es auch, daß in den Schloßhöfen für den Notfall Truppen neben der Polizei bereitgestanden hätten. Verwendung von Militär war nicht vorgesehen. Ebenso falsch sind aber auch die Meldungen, nach denen der Kaiser mit Rücksicht auf die Zusammenstöße an dem vorhergegangenen Sonntag der Polizei strengste Zurückhaltung bei Straßenkundgebungen befohlen hätte. Der Kaiser hat vielmehr in keiner Weise in die Anordnungen des Polizeipräsidenten eingegriffen.

Der bremische Senat gegen die sozialdemokratischen Lehrer.

§ Von der bremischen Schulbehörde ist eine scharfe Verfügung an sämtliche Volksschulkollegien ergangen. Die Behörde spricht darin ihr Bedauern darüber aus, daß diejenigen Lehrer, die das bekannte Glückwunschtelegramm an Bebel abgeschickt haben, nicht den Mut fanden, mit ihrem Namen für ihre Handlungsweise einzutreten, sondern sich wieder der Anonymität bedienten. Die Schulbehörde erklärt die Absendung dieses Telegramms für eine grobe Verletzung der Dienstpflicht der Lehrer und erklärt weiter, daß sie unnachsichtlich gegen die Absender des Telegramms vorgehen wird, sobald sie deren Personalien festzustellen vermag.

Verschiedene Vernehmungen durch die Schulbehörde sind bereits vorgenommen worden, um die Absender des Telegramms zu ermitteln. Bei der demnächst beginnenden Budgetberatung in der Bürgerschaft wird dieses Verhalten der radikalen Gruppe Gegenstand eingehender Erörterungen werden.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller

hat in Eingaben die Regierungen von Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen gebeten, für den Fall der Einführung von Schiffahrtsabgaben im Bundesrat dahin zu wirken, daß evtl. bei der Berechnung der Abgaben nach Tonnenkilometer eine Staffelung in der Weise eingeführt wird, daß die Abgaben pro Tonne beförderten Gutes mit der zunehmenden Länge der befahrenen Strecke prozentual abnehmen. Wenn der Transitverkehr von Abgaben befreit bleiben sollte, so sei zu erstreben, daß die Abgaben für alle aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe usw., welche im Inland weiterverarbeitet und in diesem weiterverarbeiteten Zustande später ausgeführt werden, bei der Ausfuhr auf Grund einer noch festzustellenden Berechnungsweise wieder zurückerstattet werden. Außerdem käme es natürlich noch insbesondere darauf an, eine feste Bindung der Abgabensätze nach oben zu erzielen und die Selbstverwaltung in den Stromkassen, das Mitbestimmungsrecht der Schiffahrtsbeteiligten gesetzlich festzulegen.

Parlamentarisches.

Die Leistungen des Reichs für die Kriegsveteranen.

In der Budgetkommission des Reichstages kam gestern bei der weiteren Debatte über den Etat für den allgemeinen Pensionsfonds der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Wermuth nochmals auf die Leistungen des Reiches für die Kriegsteilnehmer zurück, und legte zahlenmäßig dar, daß im Jahre 1873 bei Gründung des Reichsinvalidenfonds die bestimmte Absicht obwaltete, mit den 561 Millionen Mark, die aus der Kriegsentschädigung entnommen und zur Ausstattung des Invalidenfonds verwendet wurden, dauernd auszukommen. Statt dessen hätte man bis jetzt fünfzehnhundert Millionen Mark gebraucht und den Invalidenfonds vollständig erschöpft, so daß die Reichskasse noch auf unabsehbare Zeit mit vielen hundert Millionen Mark belastet bliebe. Er führte dies nur an, um die Annahme zu widerlegen, als ob das Reich es an der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer irgend hätte fehlen lassen. Im Gegenteil wäre diese Fürsorge seit 1873 fortdauernd und erheblich erweitert worden.

*

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. Dr. Struve (Oldenburg-Plön, frs. Vgg.) einstimmig für gültig. Die Wahl des Abg. Spindler (Germersheim, Ztr.) wurde mit einer Stimme Mehrheit für gültig erklärt; die Wahl soll aber im Plenum von neuem angefochten werden.

In der Arbeitskammerkommission des Reichstages stand gestern die Frage zur Erörterung, ob Techniker, Werkmeister und Handlungsgehilfen in den Arbeitskammern zugelassen werden sollen. Es wurde eine Unterkommission eingesetzt, die darüber beraten soll, wie den Wünschen in dieser Richtung genügt werden kann.

Parteinachrichten.

Für die Reichstagsersatzwahl in Olezko-Lyck-Johannisburg an Stelle des verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode ist nach der „Königsb. Hart. Ztg." Gutsbesitzer Kochan in Riedswetzken als nationalliberaler Kandidat aufgestellt worden. — Graf Stolberg wurde 1907 mit 20 343 gegen 429 sozialdemokratische und 216 freisinnige Stimmen gewählt. Der Wahlkreis ist stets konservativ vertreten gewesen, und das Mandat ist stets im ersten Wahlgange von den Konservativen behauptet worden. 1898 brachten die Freisinnigen hier 3463, die Sozialdemokraten 1260 Stimmen auf.

Schule.

Zur Neuordnung des Mittelschulwesens.

Zu den ministeriellen Anordnungen über die Neueinrichtung des Mittelschulwesens wird gemeldet: Der Unterricht in einer fremden Sprache ist verbindlich; gute Schüler können vom siebenten Schuljahre an unverbindlich eine zweite Sprache lernen. Es ist wünschenswert daß in den Knabenschulen der englischen Sprache der Vorzug gegeben wird. Es ist ferner der Wunsch des Ministers, daß den Schülern Gelegenheit zur Tätigkeit mit der Hand gegeben wird, indem als unverbindliches Fach Unterricht in Handarbeit für Knaben, in Gartenarbeit für beide Geschlechter und in Haushaltung für Mädchen eingerichtet wird. Die Buchführung muß im Rechenunterricht der ersten Klasse berücksichtigt werden.

In der Ober- und Mittelstufe sind grundsätzlich nur geprüfte Mittelschullehrer zu beschäftigen oder solche, welche die Prüfung für das höhere Schulamt bezw. für höhere Mädchenschulen bestanden haben. Auch in den technischen Fächern sollen geprüfte Lehrkräfte unterrichten; in den Mädchenschulen sind vorwiegend Lehrerinnen zu beschäftigen; die Leitung dieser Schulen kann geprüften Schulvorsteherinnen übertragen werden.

Bei jeder Mittelschule ist eine angemessene Zahl von Freistellen für unterstützungsbedürftige Kinder einzurichten, die sich durch Begabung und Fleiß auszeichnen.

Kleine politische Nachrichten.

Polizeiliche Einquartierung im Berliner Kgl. Schloß.

Das königliche Schloß hat, wie der „Vorwärts" berichtet, eine Bewachung von etwa hundert Schutzleuten erhalten, die dort Tag und Nacht Dienst tun. Diese Maßregel ist darauf zurückzuführen, daß bei den letzten Wahlrechtskundgebungen am vergangenen Sonntag Demonstrationszüge ungehindert zum Schlosse gelangen konnten, da die Polizei darauf nicht vorbereitet gewesen war. Das Reichskanzlerpalais hat ebenfalls größeren Polizeischutz erhalten.

Bedeutsame Verfügung über die Posener Akademie.

Die Königliche Akademie in Posen wird mit Beginn des Sommersemesters 1910 in die Reihe der Hochschulen eintreten, an denen die Ausbildung unserer Studenten sich vollzieht. Durch Verfügung des Kultusministers ist bestimmt worden, daß den Studenten der neueren Sprachen zwei Semester an der Akademie zu Posen auf die vorgeschriebene Studiendauer von drei Jahren angerechnet werden. Diese Verfügung ist weitreichender, als es zunächst den Anschein hat, denn, da die übliche Studiendauer für die Neuphilologen vier bis fünf Jahre zu betragen pflegt, kommen zu diesen zwei Semestern noch zwei bis vier andere hinzu, die nicht in das wissenschaftliche Triennium fallen, so daß der Neuphilologe imstande sein wird, etwa die Hälfte seiner Studienzeit an der Posener Akademie zu verbringen.

Fortschritte des Deutschtums?

Eine nicht kleine Anzahl der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tätigen Polen geht zur Verdeutschung ihrer polnischen Familiennamen über. Die Amtsblätter der Regierungen, zu denen das Industriegebiet gehört, bringen sehr häufig ganze Reihen von Bekanntmachungen über Genehmigungen des Regierungspräsidenten für solche Verdeutschungen. In einer Nummer des Amtsblattes der Regierung zu Düsseldorf sind jetzt acht solcher Bekanntmachungen enthalten. Aus solchen Erscheinungen darf man aber noch lange nicht folgern, daß eine Germanisierung des Polentums im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im Anzuge sei.

Bündlerisches.

Bezeichnend für das Herrentum des Bundes der Landwirte ist folgende Geschichte, die dem „Niederschles. Cour." aus dem Kreise Lüben berichtet wird. Dort hielt der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Doormann am letzten Sonntag drei Versammlungen ab in Ossig, Petschkendorf und Herzogswaldau, die zahlreich, namentlich auch von Bündlern, besucht waren und in denen es zu langen, im allgemeinen sachlichen Auseinandersetzungen kam. In Ossig war kein Arbeiter vom Dominium erschienen, und als Grund wurde angegeben, daß die Parole ergangen sei: Wer heute in die Versammlung geht, ist morgen entlassen!

Deutschland und Frankreich in Marokko.

Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, haben in Tanger freundschaftliche Verhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß alle Beschwerden bezüglich einer für Deutschland ungünstigen Differenzierung bei der Zollbehandlung französischer und deutscher Postsendungen nach und in Marokko beseitigt werden und eine gleichmäßige Behandlung gesichert wird. Bei der französischen und der deutschen Post einlaufende Postmitsendungen werden gleichmäßig zur Verzollung ausgeliefert. Bezüglich der Versendung von Postpaketen von einem marokkanischen Küstenhafen zum anderen haben sich keine Differenzen herausgestellt.

*

Ausland.

Scharfes Mitrailleusenfeuer im Manöver.

* Wie die „Libre Parole" meldet, ruft ein Zwischenfall auf dem Manöverfeld in der Nähe von Marseille in der dortigen Garnison lebhafte Bewegung hervor. Zwei Mitrailleusen haben danach auf ein Husarenregiment mehr als 600 scharfe Schüsse abgegeben. Man weiß nicht, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen Irrtum handelt.

Als die Soldaten die Geschosse über ihre Köpfe hinwegsausen hörten, bemächtigte sich ihrer eine Panik. Nur dem Umstande, daß die Offiziere die Ruhe bewahrten, sei es zu danken, daß keine Verwundungen vorgekommen sind. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0002

Offiziere ordneten sofort das Absitzen und Niederlegen der Pferde an. Wie durch ein Wunder ist niemand verletzt worden.

Der Wettkampf in der Mandschurei.

§ Der russische Gesandte in Peking hat in der Frage der Kiautschau—Aigun-Eisenbahn der chinesischen Regierung ein Gegenprojekt überreicht. Unter der Bedingung, daß die Sicherheit der russischen Grenze nicht gefährdet werde, schlägt Rußland an Stelle der ihm schädlichen Bahn Kiautschau—Aigun die Linie Kalgan—Urga—Kiachta vor, an deren Bau Rußland teilzunehmen bereit ist. Auch will es zur Verbindung der neuen Linie mit dem Bahnnetz des Reiches eine Abzweigung der Transbaikalbahn bis Kiachta bauen. Da Rußland der Meinung ist, daß die ausländischen Kapitalisten keine politischen Absichten verfolgen und nur eine vorteilhafte Kapitalsinvestierung anstreben, hofft es, daß das neue Projekt, welches mehr wirtschaftliche Vorteile bietet und technisch von China schon ausgearbeitet ist, die volle Zustimmung der interessierten Regierungen und Banksyndikate finden wird.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Antwort der vier französischen Akademien ist bekanntlich gestern in Berlin eingetroffen. Die Akademien danken darin gemeinsam aufs verbindlichste für die Einladung zu der Jahrhundertfeier der Berliner Universität und erklären glückwünschend, daß sie die Vertretung Frankreichs den Universitäten überlassen wollen, um so mehr, als der Deputierte der Sarbonne, Herr Poincaré, zugleich Mitglied zweier Akademien des „Institut de France" sei.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 5. März.

Ein wichtiges Gesetz über die Straßenreinigung.

Für den für alle preußischen Gemeinden und auch für Halle angesichts der zahlreichen Prozesse wichtigen Gesetzentwurf über die Reinigung öffentlicher Wege ist soeben die allerhöchste Ermächtigung zur Vorlage an den Landtag erteilt worden; der Entwurf wird daher noch vor den Osterferien dem Abgeordnetenhause zugehen. Ueber seinen Inhalt erfahren wir folgende Einzelheiten:

Bei dem Mangel allgemeiner Gesetzesvorschriften über die Pflicht zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege ist in der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte und der Verwaltungsgerichte ein Widerstreit entstanden, der zu erheblichen Unzuträglichkeiten geführt hat. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage, ob der Erlaß eines Ortsstatuts, das die einer Gemeinde obliegende Reinigungspflicht auf die Anlieger überträgt, rechtsgültig ist. Das Kammergericht hat diese Frage in bejahendem, das Oberverwaltungsgericht in verneinendem Sinne entschieden. So kam es, daß dieselben Anlieger, welche mit ihren Klagen gegen die sie zur Reinigung eines Weges anhaltenden polizeilichen Verfügung bei den Verwaltungsgerichten durchdrangen, von den ordentlichen Gerichten wegen Unterlassung der Reinigung bestraft wurden. Auch sonst ist der bestehende Rechtszustand auf diesem Gebiete in mehrfacher Hinsicht ein unbefriedigender. Unter diesen Umständen war die Beseitigung dieses zweifelhaften Rechtszustandes durch ein für das ganze Staatsgebiet zu erlassendes Gesetz eine Notwendigkeit.

Unter polizeimäßiger Reinigung öffentlicher Wege ist die Reinigung zu verstehen, die nicht bloß aus Verkehrsrücksichten erfolgen, sondern auch weitergehenden polizeilichen Anforderungen, insbesondere der Gesundheitspflege und Reinlichkeit, Rechnung tragen muß. Das Bedürfnis hierfür beschränkt sich in der Regel auf die Ortsstraße; ausnahmsweise ist es bei sonstigen öffentlichen Wegen vorhanden, die dem inneren Verkehr der Ortschaften dienen. Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, zu bestimmen, wer reinigungspflichtig ist; dagegen ist davon abgesehen, die Voraussetzungen, Art und Maß polizeilicher Reinigung zu regeln. Die Bestimmungen hierüber sollen wie bisher durch Polizeiverordnung geregelt werden. Im wesentlichen übereinstimmend mit dem geltenden Recht ist **Träger der Verpflichtung zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Wege die** Gemeinde, sofern nicht ein anderer nach Rechtsnormen verpflichtet ist. Das bestehende örtliche Recht wird im allgemeinen aufrecht erhalten. Die Gemeinden sollen nun berechtigt sein, durch Ortsstatut die einem anderen obliegende Verpflichtung zur Reinigung öffentlicher Wege ganz oder teilweise zu übernehmen. Ferner kann durch ein unter polizeilicher Zustimmung zu erlassendes Ortsstatut die Verpflichtung zur polizeimäßigen **Reinigung den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder einzelnen Klassen übertragen** werden. Für selbständige Gutsbezirke kann das Ortsstatut auf Antrag des Gemeindevorstehers nach Anhörung des Gutsbesitzers und der zu Belastenden vom Kreisausschuß erlassen werden.

Streitigkeiten darüber, **wem die öffentlich rechtliche Verpflichtung zur Reinigung eines öffentlichen Weges obliegt,** sind **im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden.** Die ordentlichen Gerichte kommen also für derartige Streitigkeiten nicht mehr in Betracht.

Der deutsche König.

Mit dem von Wildenbruch bühnenfertig hinterlassenen Schauspiel von der inneren Königwerdung Heinrichs des Finklers klang gestern abend im Stadttheater der Wildenbruch-Zyklus stimmungsvoll aus. Der sich mit der Einstudierung der acht schwierigen Stücke so viele Mühe gab, Herr Oberregisseur Karl Scholling, hatte sich dies wirkliche Schauspiel (dessen Inhalt unsere Leser aus früheren Berichten anläßlich der Berliner Uraufführung kennen), zu seinem Ehren- und Vorteilsabend gewählt.

Der festliche Anlaß war gestern ein ganz besonderer, denn zehn Jahre sind es gerade her, seit Karl Scholling in den Verband unseres Stadttheaters eintrat. Doppelt festlich war darum auch die Feier, zu dreifach festlich und weihevoll, denn sie galt zuvörderst dem Gedächtnis Ernst von Wildenbruchs. Auf den Dichter und seine begeisternden patriotischen Dramen hatte Herr Regisseur Walter Sieg einen würdigen Epilog verfaßt und trug ihn vollendet dem andächtig gestimmten Hause vor. Dann hob der erste Kapellmeister Herr Eduard Mörike an seinem Pult den Taktstock, und die ergreifenden Akkorde der Trauermusik beim Tode Siegfrieds aus der „Götterdämmerung" klangen aus den Tiefen des Orchesters und webten und verschwebten hinauf zu den Rängen und Höhen.

Die hehre Weihe dieser Töne stimmt das Herz zur Rührung. Wie anders, als man an jenem grauen Januartage den toten Dichter draußen im göttlichen Weimar zu Grabe trug. Da schollen die schmetternden Klänge des Hohenfriedbergers vorauf und zerrissen den nebelnassen Dunst des trüben Tages. Den Enkel Louis Ferdinands umklang zum letztenmal der Preußenmarsch. Und dieser Marsch, der paßt zu ihm; kein Sinnieren, lieber drauf und dran, denn er war ein ganzer, ein kernhafter, kampffroher Mann....

Die Klänge verwehen. Der Vorhang gleitet von dem Bilde der alten Zeit. Ludolfs Burg, Keuschberg bei Merseburg, Fritzlar. Was der kindliche Sinn einst auf der Schule nachsprach, hier wird's dem Manne Ereignis. Heinrich der Vogelsteller reift am Weibe zur rechten Würde der Königskrone. Dahinein klingen brausende deutsche Worte an die Fürsten. Der echte Wildenbruch auch dieses Nachlaßstück, ein schäumender Strom Begeisterung, eine Fülle von Bildern.

Das prächtige Spiel im Rahmen einer liebevoll besorgten Regie zeigte große Momente und erntete lauten Beifall. Unser Scholling, der Gefeierte des Abends, nahm den Dank der Hallenser in Gestalt von herzlichem Beifall, Blumen, Kränzen und Angebinden glückstrahlend entgegen und mußte sich oftmals zeigen.

Im Einzelnen über Stück und Spiel heute abend.

p. s.

Die Wertzuwachssteuer

ist gestern auch in Berlin und in Rixdorf angenommen worden. In Berlin waren nur ganz wenige Stimmen dagegen. In Berlin soll die Steuer betragen: von einem Wertzuwachs bis zu 2000 Mark 1 v. H., von 2000 bis zu 4000 Mk. 2 v. H., von 4000 bis zu 6000 Mk. 3 v. H., von 6000 bis zu 10 000 Mk. 4 v. H., von 10 000 bis zu 30 000 Mk. 5 v. H., von 30 000 bis zu 60 000 Mk. 6 v. H., von 60 000 bis zu 400 000 Mark 7½ v. H., über 400 000 Mk. 9 v. H. Zu dem nach diesen Sätzen berechneten Betrage werden soviel Prozente des Betrages als Zuschlag erhoben, wie der Wertzuwachs Prozente des Anschaffungswertes beträgt. Hierbei wird nur nach ganzen Prozenten gerechnet. Außerdem wurden Zuschläge in Höhe von einem Viertel bei einer Besitzdauer von zehn bis fünf Jahren, von weniger als fünf Jahren in Höhe der Hälfte und von weniger als drei Jahren in voller Höhe der Steuer erhoben. Unternehmer, die Baustellen angekauft und darauf Häuser errichtet haben, zahlen bei einer Besitzdauer unter drei Jahren nur die Hälfte des Zuschlages, wenn der Zuwachs unter 15 000 Mark zurückbleibt.

Die Steuer ist mit rückwirkender Kraft bis 1. April 1895 beschlossen.

In der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung wurde die Wertzuwachssteuer mit 37 gegen 32 Stimmen angenommen. Sie ist mit 150 000 Mark Einnahmen in den Etat eingestellt.

In derselben Sitzung wurde die vom Magistrat eingebrachte Schankkonzessionssteuervorlage mit 24 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Eine Exkursion in den Tiefen des Weltenozeans.

Der Physiker Albus setzte gestern abend seine populärwissenschaftlichen Vorträge in den „Kaisersälen" fort. Der erste Teil erstreckte sich über das Planeten- und Sonnensystem.

Der Vortragende legte besonderes Gewicht auf die bekanntesten Beherrscher unseres Nachthimmels: Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn mit seinem Ringe. Die photographisch aufgenommenen Lichtbilder illustrierten sehr vorteilhaft die interessanten Darlegungen.

Vom zweiten Vortragsteil waren die Mitteilungen über Kometen und Meteore von besonderem Interesse, da der Redner auf den Halleyschen Kometen, der in den nächsten Wochen sichtbar sein wird, ausführlicher einging.

Zum Schluß führte Herr Albus seine gespannt lauschenden Zuhörer hinauf in weite, wunderbare Welten. Das Weltall ist unendlich größer, als daß es berechnet werden könnte. Es gibt über uns keinen Raum! Wo Zahlen und Ziffern versagen, dort beginnen neue Welten, da existieren neue Sterne, andere Sonnen. Ihr Licht braucht Jahre, ja Tausende von Jahren, bis es uns erreicht, und wenn es endlich seinen Weg auf die Erde gefunden hat, dann ist der Stern, der dieses Licht entsendet, vielleicht schon Hunderte von Jahren wieder verschwunden, oder er rast in einer ganz anderen Bahn durch den unbegrenzten Weltenraum. Vergeblich strengt sich der Menschengeist an, den Zweck der Existenz dieser geheimnisvollen Welten zu ergründen. Das Rätsel zu lösen, wird dem Menschen nie gelingen.

Die Vorträge des Physikers Albus sind nun zu Ende. Sie haben beim halleschen Publikum dankbare Aufnahme gefunden. Das bewies allein der Umstand, daß der mächtige Saal auch gestern wieder vollständig gefüllt war. Albus ist in Halle jederzeit ein willkommener Gast.

wied.

Konzert von Franz von Vecsey.

Gestern war einer der großen Abende der Saison. Der jugendliche Violinvirtuose Franz von Vecsey gab ein hochinteressantes Konzert. An der Spitze des vielseitigen Programms stand Mendelssohns E-moll-Konzert. Niemand hätte in dem schmächtigen jungen Mann einen Künstler vermutet, der den Anforderungen dieses schwierigen Konzerts in so hervorragend künstlerisch hochstehender Weise genügen würde. Im Programm fehlten auch nicht die üblichen Virtuosenstücke, Sonate G-moll mit dem Teufelstriller von Tartini usw. Das beifallsfreudige Publikum konnte den Künstler noch zu einigen Zugaben bewegen. — In der Abendausgabe Ausführlicheres.

Th.

Der Doppelschrauben-Schnelldampfer „Kronprinzessin Cecilie" des Norddeutschen Lloyd

ist gegenwärtig in einem 2 Meter langen Modell in dem Schaufenster des Herrn Curt Offenhauer, Zigarren-Import, Gr. Ulrichstraße (Kaisersäle), ausgestellt.

Das Modell stellt eine nach Größenmaßen und allen Einzelheiten vollkommen genaue Abbildung des wirklichen Riesenschnelldampfers dar, der einer der imposantesten Repräsentanten der modernen Prachtbauten des Norddeutschen Lloyd ist.

Der Dampfer ist ca. 215 Meter lang; das ist zum Beispiel mit Halleschen Verhältnissen verglichen die Länge der Großen Ulrichstraße von Pottel & Broskowski bis zum Geschäftshaus Endepols & Dunker, Ecke Bölbergasse.

Der vom Stettiner Vulkan erbaute Dampfer machte im August 1907 seine erste Reise. Seine Schnelligkeit beträgt ca. 24 Knoten pro Stunde und er hat eine Besatzung an Offizieren, Ingenieuren, Stewards, Heizern usw. von mehr als 650 Personen an Bord.

Einen ungefähren Begriff der prachtvollen Inneneinrichtung des Schiffes erhält man durch die zahlreichen gleichfalls ausgestellten Photographien. Der Schnelldampfer stellt ein wirklich ideales Verkehrsmittel dar und ist in jeder Weise der Anerkennung würdig, die ihm im In- und Auslande von allen Seiten zuteil wird.

Nähere Auskunft über den Dampfer sowie über alle Seereisen erteilt die Vertretung des Norddeutschen Lloyd für den Bezirk Halle a. S.: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststraße (Stadt Hamburg), wo auch alle einschlägigen Broschüren kostenlos abgegeben werden.

Personalnachrichten. Versetzt sind die Amtsrichter Dr. Kahleyß in Treuenbrietzen als Landrichter nach Halle und Dr. Löwenheim in Lauchstedt als Landrichter nach Naumburg.

Herr Kammersänger Rudolf vom Koburger Hoftheater ist an Stelle des am Schluß der Spielzeit ausscheidenden Baritonisten Herrn Bergmann für das Stadt-Theater in Halle verpflichtet worden.

Gerichtsverhandlungen.

Graf Pfeil vor dem Oberkriegsgericht.

(Nachdr. verb.) S. & H. Thorn, 2. März.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde der Untersuchungsrichter Kriegsgerichtsrat Dr. Bernhold (Berlin) über eine Differenz zwischen den heutigen und der Aussage der Zeugin Fettke in der Voruntersuchung vernommen. Auch sie hat sich früher schärfer über die angeblich vom Grafen Pfeil bei ihr unternommenen Verleitung zum Meineide ausgesprochen, was der Zeuge bestätigt. Er fügt hinzu, daß der damaligen Vernehmung die Gräfin Pfeil beigewohnt habe. Verhandlungsf.: Wie kam denn das? Zeuge: Die Gräfin beschuldigte mich, daß ich voreingenommen sei, da ich z. Z. an dem ersten Beschluß auf Ablehnung einer strafrechtlichen Verfolgung des Grafen mitgewirkt hatte. Nun wollte ich ihr meine Objektivität beweisen und da hielt ich es für nützlich, sie zu einzelnen Zeugenvernehmungen hinzuzuziehen. Die nochmals vernommene Zeugin Fettke glaubt sich schließlich zu erinnern, daß der überwiegende Eindruck bei ihr der war, der Graf habe sie als Zeugin gegen die Gräfin benutzen wollen, was sie aber abgelehnt habe. Hierauf wird in die Vernehmung des Zeugen Nowak (Recklinghausen), einem früheren Burschen des Grafen Pfeil, eingetreten. Der Zeuge hat dem Grafen zuerst eine eidesstattliche Versicherung gegeben, wonach die Köchin den kleinen Stanislaus mit einer Reitpeitsche über Kopf, Rücken und Hände geschlagen habe. Der Graf ist im Amtsgericht Recklinghausen mit der Aufforderung an ihn herangetreten, er solle auch aussagen, daß die Gräfin ihre Kinder schlecht behandelt habe und keine gute Frau war. Die eidesstattliche Versicherung soll zustande gekommen sein, indem der Graf die Tür abschloß, den Zeugen an einen Tisch setzen ließ und ihm die eidesstattliche Versicherung in die Feder diktierte. Der Zeuge will

an allen Gliedern gezittert

haben, weil er nicht wußte, was los war. Der Zeuge hat dann seine erste eidesstattliche Versicherung beschworen mit der Abschwächung, daß er nicht gesehen habe, wie das Mädchen das Kind mit der Reitpeitsche schlug, daß aber die Reitpeitsche nicht an ihrem sonstigen Platze hing.

(Nachdr. verb.) S. & H. Thorn, 3. März.

Zur heutigen Verhandlung ist die Hauptzeugin des Prozesses, die Gräfin Stephanie v. Pfeil und Klein-Ellguth aus Paris erschienen. In ihrer Begleitung befindet sich die Gräfin v. Szikrowska. Die Gräfin ist eine hohe schlanke Erscheinung mit blondem Haar, mit einem großen Pelzmantel angetan. Während der Verhandlung treffen in großen Kollis die gesamten bei dem Rechtsbeistande der Gräfin, dem Notar Dr. Sprenger in Bremen beschlagnahmten Akten ein, die in einem Nebenzimmer aufgestapelt werden. Der Zuhörerraum ist infolge der Nachricht, daß die Gräfin Pfeil vernommen werden soll, überfüllt. Vors.: Frau Gräfin, Sie können Ihre Aussage verweigern, obwohl Ihre Ehe nicht mehr besteht. Das Gesetz gibt Ihnen die Rechtswohltat, daß Sie sich Ihres Zeugnisses entschlagen können. Zeugin: Ich bin bereit, meine Aussagen zu machen. Verhandlungsf.: Dann mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich der strengsten Wahrheit zu befleißigen haben. Es ist ein außerordentlich heftiger Kampf, der sich entwickelt hat und in solchen Kämpfen kommt es vor, daß sich eine gewisse Schärfe zeigt. Ich möchte Sie daher dringend ersuchen, nur das zu sagen, was Sie mit gutem Gewissen verantworten können. Es handelt sich um ungeheuer viel. Von diesen Gedanken hoffe ich, werden Sie sich leiten lassen. Sie müssen sich ans Herz fassen und fragen, ob Sie das verantworten können, was Sie hier sagen. Lassen Sie sich nicht durch Heftigkeit beeinflussen, wie sie in verschiedenen Schriftsätzen zum Ausdruck gekommen ist. In einem dieser Schriftsätze, die doch Ihrer Kontrolle unterstehen, ist z. B. das Wort „Verbrecher" enthalten. Das ist ein Wort, das ich durchaus unzulässig finde. Zeugin: Ich stelle hier fest, Herr Kriegsgerichtsrat, ich weiß bereits, daß ich

das Opfer von Verbrechen

geworden bin. Ich weiß, was ich an meinem eigenen Leibe erfahren habe. Verhandlungsf.: Wir vernehmen Sie bereits jetzt in zwei Fragen, in denen Sie als unmittelbar verletzt nicht in Frage kommen, damit Ihnen die weitere Teilnahme an den Verhandlungen gestattet werden kann. Es handelt sich um die Beleidigung, die der Angeklagte Ihnen gegenüber begangen haben soll, indem er Sie der Fälschung einer Note beschuldigte. Haben Sie das Papier gesehen, bevor es beschrieben wurde? Zeugin: Dieses Papier habe ich zum ersten Male bei Justizrat Biebig gesehen. Damals habe ich sofort erklärt, als mir bemerkt wurde, daß mich mein früherer Ehemann damit der Fälschung beschuldigen wollte: das ist eine Beleidigung, ich verklage den Mann. Ich betrüge den Mann doch nicht um 11 Mark, dem ich mein ganzes Vermögen geschenkt habe, der plein pouvoir über meinen ganzen Besitz hatte. Verhandlungsf.: Nun möchte ich Sie darauf hinweisen, daß einer der Schriftsachverständigen erklärt hat, daß mit Wahrscheinlichkeit die Schrift von Ihnen herrühre. Zeugin: Es gibt mancherlei Sachverständige, und namentlich Schreibsachverständige haben sich oft geirrt. Ich erinnere nur an den Hardenprozeß und andere. Verhandlungsf.: Aber auch ein zweiter Sachverständiger, der uns von der Berliner Staatsanwaltschaft empfohlen ist, hat bekundet, daß die Schrift mit einiger Wahrscheinlichkeit von Ihnen herrühre. Zeugin: Sagen Sie mir, welchen Zweck ich verfolgt haben soll, um diesen Mann, der mein ganzes Vermögen verwaltet hat und frei darüber verfügen konnte, um 11 Mark zu betrügen. Wenn das der Fall wäre, dann könnte ich ja mit der Gegenfrage antworten, ob er mich damals etwa in eine solche Situation gebracht hat, daß ich ihn um die 11 Mark betrügen mußte. Verhandlungsf.: Der Graf meint, Sie hätten öfter Gelegenheit genommen, solche Schnurren und Mätzchen zu machen. Zeugin: Das ist ja sehr interessant. Zunächst will es also der Herr Angeklagte für Schnurren und Mätzchen gehalten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0003

haben, während er jetzt sagt, ich hätte ihn betrügen wollen. Er ist erst sehr spät zu dieser Meinung gekommen. Verhandlungsf.: Der Graf ist der Meinung, Sie hätten die Quittung gefälscht zum Beweise dafür, daß Sie in Breslau waren. Zeugin: Davon kann keine Rede sein. Wenn ich den Herrn hätte betrügen wollen, dann wäre ich nicht so töricht gewesen, eine Schleier- und Handschuhrechnung auf der Geschäftskarte eines Etablissements aufzumachen, das mit solchen Artikeln gar nicht handelt. Verhanlungsf.: Nun, Sie haben das damals nicht so beachtet. Zeugin: Meinen Sie, daß ich damals dümmer gewesen bin? (Heiterkeit.) Verhandlungsf.: Nein, aber man kann doch annehmen, daß Sie jetzt geschäftskundiger sind. Zeugin. In juristischen Dingen allerdings, im Betrügen nicht. Verhandlungsf.: Das habe ich nicht gesagt, ich bitte Sie auch, solche Worte nicht zu gebrauchen. Zeugin: Ich wende nur Ausdrücke an, die der Angeklagte mir gegenüber gebraucht hat. Im übrigen bemerke ich, daß die Anklage wegen Beleidigung meiner Person durch die Behauptung von der gefälschten Quittung von mir unterzeichnet ist, und ich würde doch gegen den Angeklagten nicht klagbar werden, wenn ich das getan hätte, was er mir fälschlich zur Last legt. Ich hätte ja auch noch das Mittel, zu sagen, ja, ich entsinne mich der Sache und die Schande würde doch auf ihn fallen, daß er mich in eine Situation gebracht hat, die mich zur Fälschung zwang. Verhandlungsf.: Wir müssen auch den Standpunkt des Angeklagten zur Geltung bringen. Er sagt, er hätte Ihnen die Nota schon im Monopol-Hotel in Breslau vorgehalten und Sie seien darüber in Differenzen geraten. Zeugin: Das ist unwahr. Verhandlungsf.: Also Ihre Antwort auf meine Frage? Zeugin:

Ich habe das nicht geschrieben.

Beisitzer Kriegsgerichtsrat Sohl: Glauben Sie, daß die Handschrift von dem Angeklagten herrührt? Zeugin: Nein, das glaube ich nicht. Weshalb wollte sich übrigens der Angeklagte im Monopol-Hotel mit mir gestritten haben? Wollte er Schleier und Handschuhe nicht bezahlen, die sich seine Frau für 11 Mark gekauft hatte? Verhandlungsf.: Das wohl, aber er glaubte, sie hätten zu viel aufgeschrieben. Zeugin: Also wie eine Köchin, die sich Schmuck macht, die auf den Markt geht, für 5 Pfg. Petersilie mitbringt und 10 Pfg. anschreibt. (Heiterkeit.) Das wußte ich nicht, daß man hier so weit gehen würde. Angekl.: Ich hätte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit der Frau Gräfin hierauf noch etwas vorzuhalten, was ich aber im Interesse ihrer Familie lieber verschwiegen hätte. Zeugin: Ich bitte, das vor der Oeffentlichkeit zu sagen. Verhandlungsf.: Haben Sie ein Interesse daran, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird. Angekl.: Ich stelle anheim. Zeugin: Was wünscht der Herr Graf? Angekl.: Die Zeugin hat mir wiederholt erzählt, daß ihre Schwester, die Gräfin Gersdorf, und Brüder von ihr ähnliche kleine Sachen verübt hätten und daß sie das auch einmal hätte machen wollen. Die Zeugin erwidert hierauf nichts. Der Verhandlungsführer bemerkt, daß nunmehr zwei Punkte zur Erörterung gelangen, die aus Gründen der Sittlichkeit und des militärischen Interesses den Ausschluß der Oeffentlichkeit bedingen. Das Publikum und sämtliche Zeugen müssen den Saal verlassen. Die Gräfin Szikrowska richtet in französischer Sprache an den Gerichtshof die Frage, ob sie bleiben dürfe. Der Verhandlungsführer bemerkt ihr, daß in einem deutschen Gerichtssaale nur deutsche gesprochen würde. Die Gräfin Pfeil stellt fest, daß ihre Begleiterin nur die polnische und französische Sprache beherrsche. Ihre weitere Anwesenheit im Gerichtssaal wird daher als unbedenklich angesehen.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird zunächst der Rittergutsbesitzer Wulff aus Heiderdorf in Schlesien vernommen. Im Anschluß an scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten wird beschlossen, den Rittmeister Krosta (Colmar) und Hauptmann Feide (Saarburg i. Lothr.) als Zeugen zu laden. Es tritt darauf die Mittagspause ein.

Neue Verhandlung im Prozeß Jünemann.

Leipzig, 4. März. Auf die Revision des Friseurs Jünemann aus Berlin hob das Reichsgericht das Urteil des Schwurgerichts zu Berlin vom 13. Januar 1910 auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Revision wurde deshalb als begründet erachtet, weil im Schwurgerichtsprozeß eine Zeugin zu Unrecht nicht vereidigt worden ist.

Provinzial-Nachrichten.

Liberale Bergarbeiter-Versammlung in Eisleben.

Eisleben, 2. März. Am 28. Februar hatte der liberale Verein eine Bergarbeiter-Versammlung nach dem Eislebener Wiesenhause berufen. Der Saal war, wie immer bei den liberalen Versammlungen, bis auf den letzten Platz gefüllt, sodaß ca. 1500 Personen anwesend waren.

Der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Werckmeister, war zuerst verhindert, die Leitung gleich von Anfang an zu übernehmen, und an seiner Stelle eröffnete der liberale Parteisekretär Noack aus Halle die Versammlung und erteilte dem Referenten, dem Hirsch-Dunckerschen Parteisekretär Herrn Brylla, das Wort zu dem Thema „Warum muß sich der Bergarbeiter organisieren?"

Herr Brylla führte etwa folgendes aus: Das Großkapital schließe sich immer fester zu Syndikaten usw. zusammen, um seine wirtschaftliche Macht noch zu verstärken. Eine kleine Anzahl von Kapitalisten beherrsche zurzeit den Weltmarkt und diktiere der Arbeiterschaft die Löhne und Arbeitsbedingungen. Zwar sei das Koalitionsrecht nicht nur dem Arbeitgeber, sondern auch dem Arbeiter gesetzlich gewährleistet, aber man habe im hiesigen Bezirk dem Arbeiter dieses Recht verweigert, um die Löhne künstlich niedrig halten zu können. Die Löhne der Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter seien im letzten Quartal im Durchschnitt um 2 Pfg. pro Schicht zurückgegangen, trotzdem die Lebensmittelpreise in dieser Zeit gerade ganz enorm gestiegen seien. Die sanitären Einrichtungen auf den Werken lassen auch viel zu wünschen übrig, ebenso die Knappschaftsverhältnisse. Soll hier eine Besserung eintreten, dann müsse der Arbeiter sich organisieren. Er müsse sich aber Organisationen anschließen, die auch wirklich seine Interessen vertreten. Eine solche Organisation sei der Gewerkverein der Bergarbeiter Hirsch-Duncker. Derselbe habe bereits in den 80er Jahren hier die Arbeiter zu organisieren versucht, wurde aber von der damaligen Verwaltung verdrängt und die Bewegung in das „reichstreue" Fahrwasser geleitet. Auch jetzt versuche man die Arbeiter zu ködern, indem man den Mansfelder Bergarbeitern eine neue, nach dem reichstreuen Muster geschaffene Organisation aufoktroieren will, um damit die „Streikgefahr" zu beseitigen. Die Arbeiter sollen in derselben angeblich selbst bestimmen, die Verwaltung der Gewerkschaft d. h. die Direktion nimmt „nur" mit — „beratender" Stimme an den Verhandlungen teil! Der Monatsbeitrag soll eine Mark betragen und bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht werden. Natürlich nur, um dem Arbeiter den Beitritt zu „erleichtern", aber nicht, um eine Kontrolle zu haben!! Der Arbeiter soll auch 50 Mark erhalten, wenn er 55 Jahre alt ist oder vorher stirbt, hat aber vom 20.—55. Jahre 420 Mk. an Beitrag gezahlt! Wenn er seine Arbeit bei der Gewerkschaft aufgibt, verliert er jeden Anspruch an den Verein! Die Arbeiter werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, diesen Plan der Gewerkschaft, welcher es darum zu tun ist, die Arbeiter in ihr altes Joch zurückzuführen, zu nichte zu machen, indem sie sich den unabhängigen Organisationen und zwar dem Gewerkverein der Bergarbeiter Hirsch-Duncker anschließen. Nur dann, wenn die Arbeiterschaft organisiert ist, wird auch für den Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter eine bessere Zeit anbrechen. — Hierauf folgte dann die

Debatte,

die der Vorsitzende leitete. In der Debatte, die sich äußerst lebhaft, zuweilen sogar stürmisch gestaltete, sprachen von sozialdemokratischer Seite die Herren Drescher-Halle und Pallas-Eisleben; von seiten der christlichen Gewerkschaften der Gewerkschaftssekretär Walter, und von liberaler Seite die Herren Noack, Spöte, Dobrint und wiederholt Dr. Werckmeister, sowie im Schlußwort Herr Brylla.

Wohl selten hat die Sozialdemokratie so traurig in einer Debatte abgeschnitten, sowohl nach Form wie nach Inhalt, wie bei dieser Versammlung. Bei den früheren liberalen Versammlungen hatten die Debatten sich im allgemeinen stets in ruhiger, sachlicher Form bewegt, wie das auch öffentlich von liberaler Seite anerkannt worden war. Anders war es in dieser Versammlung. Vielleicht hatten die früheren liberalen Versammlungen für die Mansfelder Sozialdemokraten nicht den gewünschten „Erfolg" gehabt, obwohl auch schon früher Parteigenossen aus Halle sich an den Diskussionen beteiligt hatten. Deshalb hatte man sich nun einen sog. Dauerredner, nämlich Herrn Drescher aus Halle kommen lassen. Besagter hat eine Stunde und zehn Minuten die Versammlung mit seinen Tiraden ergötzt; denn anders kann man das, was er vorbrachte, beim besten Willen nicht nennen. Wiederholt wurde während dieser Dauerrede der Vorsitzende von verschiedenen Seiten gebeten, dem Gerede des Dauerredners Einhalt zu gebieten. Dazu kam der völlig nichtssagende Inhalt der Rede. Es war bezeichnend, daß er ganz offen erklärte, sachlich an den Ausführungen des Herrn Brylla nichts aussetzen zu können. Daher verlegte sich Herr Drescher auf das saubere Geschäft der persönlichen Verkleinerungen, Anfeindungen und Verleumdungen, die eine ruhig sachliche, aber gründliche Widerlegung seitens der liberalen Redner erfuhren. Im Laufe der Debatte wurde z. B. auch von dem christlichen Gewerkschaftssekretär Herrn Walter über den Terrorismus, den die Mansfelder Gewerkschaft im Mansfeldischen sogar gegenüber Amtsvorstehern ausübt, ein staunenswertes Stückchen berichtet. Ebenso fanden die neuesten Pläne der Mansfelder Gewerkschaftsleitung eine gebührende Würdigung.

Bezeichnend für die Sozialdemokratie unter Führung des Herrn Drescher war auch noch der Umstand, daß, als Drescher nicht mehr auf der Rednerliste stand und der Referent das Schlußwort erhielt, die anwesenden Sozialdemokraten schleunigst wie auf Befehl den Saal verließen, nur um die Schlußworte des Referenten nicht hören zu müssen.

Die Versammlung ging dann auch ohne die Sozialdemokraten noch ruhig weiter und nach 1 Uhr nachts wurde sie dann von dem Vorsitzenden geschlossen.

Der Straßenbahnzusammenstoß.

Mansfeld, 4. März. Zu dem Straßenbahnzusammenstoß ist noch zu melden: 7 Personen, darunter 4 Angestellte sind verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht genau festgestellt. Der Führer des Probewagens ist ohne Auftrag seines Vorgesetzten ausgefahren. Er hat auf der Rückfahrt an der in der Flutgraben-Weiche in Mansfeld zwei fahrplanmäßige Wagen zu kreuzen, hat aber nur einen abgewartet. Er soll zum Weiterfahren durch das Personal des ersten Kreuzungswagens in Mansfeld Weiche veranlaßt sein, das ihm auf Befragen erklärte, es komme ein zweiter Wagen nicht mehr hinter ihnen her. Infolge des ungeheuer dichten Nebels war die Strecke, die sonst weit übersehbar ist, völlig unübersichtlich und es erfolgte der Zusammenstoß. Reisende sagen aus, daß auf 3 Meter Sehweite nichts mehr zu erkennen war.

Die Namen der Verletzten sind: Schlosser Perl-Blankenheim, Schlosser Hoppensack-Möllendorf und Schlosser Behrens-Klostermansfeld, Herr Willi Hase-Kreisfeld, Herr Friedrich Paul-Eisleben, Markscheider Dahlmann-Eisleben, Bergassessor Cronings-Eisleben und Frl. Anna Große-Kloster-Mansfeld.

Der Materialschaden läßt sich noch nicht übersehen.

Kochkunstausstellung Bitterfeld 1910.

Unter dem Ehrenpräsidium der Herren Landrat Freiherr von Bodenhausen und A. Dippe, I. Bürgermeister in Bitterfeld, veranstaltet der Gastwirteverein von Bitterfeld und Umgegend in der Zeit vom 30. April bis 8. Mai in Dörings Konzertsaus zu Bitterfeld eine gastwirtsgewerbliche Ausstellung verbunden mit Kochkunst und heimischer Industrie. Es zeigt sich für die Veranstaltung bereits jetzt ein derartig lebhaftes Interesse seitens der Bitterfelder und auswärtigen Firmen, daß die zur Verfügung stehenden Räume schon zum großen Teil vergriffen sind. Die Ausstellung verspricht recht interessant zu werden, besonders durch die Mannigfaltigkeit der vertretenen Gruppen, unter denen die Kochkunst, heimische Industrie und das Handwerk einen hervorragenden Platz einnehmen.

Auskunft über die noch zu vergebenden Plätze erteilt das Ausstellungsbureau in Bitterfeld, Hotel „Stadt Berlin" (Tel. 111) von wo auch kostenlos Prospekte bezogen werden können.

— **Artern**, 2. März. (Seinen 94. Geburtstag) feierte der älteste Einwohner, der frühere Gärtner Friedemann Wicht. Dem alten Mann ist es infolge einer seltenen körperlichen Rüstigkeit vergönnt, zeitweise immer noch gärtnerische Arbeiten zu verrichten und wenn irgend möglich, Sonntags einen „Schafskopf" zu spielen.

÷ **Meiningen**, 28. Febr. (Der Herzog) reiste mit seiner Gemahlin zu längerem Aufenthalt nach Kap Martin. Geheimrat Dr. Wagner begleitet die Herrschaften.

Vermischtes.

Das wandernde Moor.

Ein wanderndes Moor richtet in der Nähe von Castlereagh in der irischen Provinz Connaught, Grafschaft Roscommon, großen Schaden an. Die feuchten Erdmassen wälzten sich mitten in der Nacht auf die tiefer gelegenen Niederlassungen. Die Bewohner hörten ein lautes Geräusch, wie von fallenden Wassermassen. Sie sprangen aus den Betten und sahen mit Entsetzen das Hochmoor mit großer Geschwindigkeit den Abhang herabrutschen. Es blieb ihnen gerade noch Zeit, das Vieh aus den Ställen zu treiben und zu fliehen. Plötzlich teilten sich die Erdmassen, und ein Wasserstrom brach daraus hervor, Aecker, Ställe und Wohnhäuser im Schlamme begrabend. Zwei Ingenieure, die zufällig anwesend waren, ließen sofort einen Kanal graben, um die Wassermassen in den Fluß abzuleiten. Die Arbeit war sehr schwierig; ein Erfolg ist nur zu erwarten, wenn der Regen aufhört. Anderenfalls ist eine Katastrophe unausbleiblich.

Den Bewohnern kam das Ereignis nicht überraschend. Seit Jahren leben die Anwohner der Hochmoore in Furcht um ihr Leben und haben wiederholt bei der Regierung die Trockenlegung der Moore beantragt.

Das Glück am rechten Ort. Den in eine Kollekte zu Eschweiler gefallenen Hauptgewinn der Wohlfahrtslotterie im Betrage von fünfzigtausend Mark gewann eine in dürftigsten Verhältnissen lebende Arbeiterfamilie mit sechs Kindern zu Münsterbusch.

Eine Massenflucht von Schutzleuten ist seit einiger Zeit in München zu beobachten. Mit Rücksicht auf die schlechten Gehalts- und Beförderungsverhältnisse sind eine größere Anzahl Münchener Schutzleute, etwa sechzig Mann, ihres Dienstes müde geworden. Die in ihren Hoffnungen Getäuschten versuchen nun anderwärts ihr Glück, besonders bei der Straßenbahn, wo ihnen erheblich bessere Verhältnisse winken.

Das Drama im Walde. Der rätselhafte Tod des Administrators Karl v. Bergowsky von dem der Landbank in Berlin gehörigen Rittergute Mikkel bei Bautzen in Sachsen hat seine Aufklärung gefunden. Nach der gerichtlicherseits erfolgten Aufnahme des Tatbestandes ist endgültig festgestellt, daß ein Unglücksfall vorliegt.

In der Notwehr erschossen. In Despel (Westfalen) wurde der Bergmann Moritz von einem Polizeibeamten in der Notwehr erschossen. Der Schutzmann wollte den Namen des Skandalierenden feststellen, worauf dieser ihn angriff.

Letzte Nachrichten.

Gegen die Fahrkartensteuer.

□ **München**, 4. März. (Privattelegramm.) In der letzten Sitzung des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer kam der Verkehrsminister v. Frauendorfer bei der Beratung des Eisenbahnetats auf die Ergebnisse der Fahrkartensteuer zu sprechen, die er für verkehrsfeindlich erklärte. Das Reich täte gut daran, dieselbe aufzuheben.

Ein flüchtiger Ballon.

H. **Köln**, 4. März. Der Cloutsche Lenkballon ist heute demontiert worden. Das Gas wurde mittels Umfüllventils in einem 1600 Kubikmeter fassenden Kugelballon übergedrückt. Die Auffahrt desselben sollte unter Führung des Hauptmanns v. Abercron vor sich gehen; vier andere Herren wollten die Fahrt mitmachen. Diese wurde dadurch vereitelt, daß der Ballon von einem starken Windstoß erfaßt und entführt wurde. Er verschwand in westlicher Richtung. Da Füllansatz und Ventil offen sind, wird der Ballon nicht platzen. Er dürfte vielmehr in Belgien niedergehen.

Folgenschwerer Gerüsteinsturz.

H. **Altona**, 4. März. (Meldung von Louis Hirschs Depeschenbureau.) **Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am hiesigen Hauptbahnhof. Zur Auswechslung der Wellblechdachbekleidung waren mehrere Schwebegerüste angebracht. Heute nachmittag kurz vor 3½ Uhr brach eins dieser Gerüste krachend zusammen; die darauf befindlichen Arbeiter, Schlosser und Zimmerer, stürzten in die Tiefe. Zwei von ihnen erlitten schwere Verletzungen, zwei andere kamen leichter davon. Die vier Verunglückten wurden in das städtische Krankenhaus geschafft.**

Oesterreich und die preußischen Schiffahrtsabgaben.

H. **Wien**, 4. März. Im österreichischen Reichsrat begründete der Abgeordnete Smertschek (Jungtschecke) einen dringlichen Antrag gegen die preußischen Schiffahrtsabgaben. Handelsminister Dr. Weißkirchner erklärte, er könne versichern, daß die österreichische Regierung zu Zugeständnissen, welche nicht die vollständige Freiheit der Elbschiffahrt garantieren, unter keinen Umständen zu haben sei. Der Minister bittet, die Versicherung entgegenzunehmen, daß er im vollsten Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit den gekennzeichneten Standpunkt einhalten werde. Der Dringlichkeitsantrag gegen die preußische Schiffahrtsabgaben wurde sowohl in der Frage der Dringlichkeit als auch im weiteren von dem Abgeordnetenhause angenommen.

Zum Fall Hofrichter.

W. **Wien**, 4. März. Die Agramer Kriminalpolizei hat die Hochstaplerin Mimi Kewis, die richtig Marianowitsch heißt, verhaftet. Sie steht unter dem dringenden Verdacht, in serbischen Diensten als Spionin tätig gewesen zu sein. Sie soll außerdem in dem Verdacht stehen, die Sendung der Giftpillen an österreichische Generalstabsoffiziere veranlaßt zu haben; sie habe sich erwiesenermaßen um die kritische Zeit in Wien und Linz aufgehalten und in allen Städten, wo sie auftrat, sich in den Kreisen der Generalstabsoffiziere bewegt. Auch ist bekannt, daß sie von tödlichem Haß gegen das österreichische Militär erfüllt ist. Man erwartet von ihr ein Geständnis.

Vom Prozeß Tarnowska.

H. **Venedig**, 4. März. Nachdem heute vormittag die Auslosung der Geschworenen stattgefunden hatte und diese im Saal den üblichen Eid abgelegt hatten, wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Unterhaltungsblatt.

Frau Leutnant. Erzählung von Heinrich Lee. (Forts.) — Auf der Jagd nach dem Glück. Humoreske nach dem Dänischen von F. Helmy. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Bunte Zeitung.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel Eugen Brinkmann, für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Polckow; für das Feuilleton und Vermischtes Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck u. Verlag von Otto Hendel.
Sämtlich in Halle a. S.
— **Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.** —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 213,10, Diskonto 196,50, Deutsche Bank 258,50, Berliner Handelsgesellschaft 180,12, Dresdner Bank 166,12, Russische Anleihe von 1902 91,30, Türkenlose 177,50, Lombarden 23,37, Kanada 183,37, Baltimore 112,62, Laurahütte 172, Bochumer Guss 243,50, Gelsenkirchen 214,75, Harpener 199,50, Deutsch-Luxemburg 217,75, Phönix 222,25, A. E.-G. 263,87, Siemens & Halske 237,87, Hamburger Paketfahrt 141,75, Nordd. Lloyd 106,37.

Am Kassamarkt notierten höher: Dortmunder Löwenbrauerei 4, Rosenthal Porzellan 3, Hofmann Waggon 2,25, Kahla Porzellan 3, Kappel Masch. 3,50, Wessel Porzellan 19, Oelfabrik Gr.-Gerau 3, Thörl Oelfabrik 3, Mix & Genest 6, Birzelius 5,50 Prozent; niedriger: Aluminium-Ind.-Ges. 4, Kronprinz Metall 2,75, Linke 3,25, Zeitzer Masch. 2.75, Deutsche Gasglühlicht 12, Rhein.-Westfäl. Ind. 3, Carl Ernst 5,25.

*

Zum Kurszettel. Berlin, 4. März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,70b. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,40B. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 102,10G. 4% Schwarzburg-Sondershausen 100,00G. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 –,–. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 93,40bB. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 95,00ebG. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 –,–. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 uk. 1916 –,–,–. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 –,–. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,75G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100,50G. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 –.–. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 – – –. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1913 100,75G. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 ,–. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,60G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. –,–. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,00G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,25bG. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06. 08 101,75bG.

Londoner Börse vom 4. März. Es notierten: Engl. Konsols 81,68, Rio Tinto 77,75, Geduld 2,71 Goldfields 6.22. Steel com. 86,69, Steel prefs. 124,00, Rand Mines 9.12, Anaconda 10,43.

Die Reichsbank im Jahre 1909.

Die gestrige Generalversammlung der Anteilseigner der Reichsbank lag der Geschäftsbericht für das Jahr 1909 vor, und es wurde beschlossen, die Gesamtdividende für das Jahr 1909 auf

5,83 Prozent

festzusetzen gegen 7,77 Proz. in 1908. Die Gewinn- und Verlustrechnung präsentiert sich folgendermassen:

Einnahmen.	1909 Mk.	1908 Mk.
Gewinn von Wechseln	34 095 570	48 459 325
Gewinn an Lombardgeschäften	4 333 079	5 571 392
Erhobene Gebühren	3 152 714	3 270 744
Zinsen von Buchforderungen und diskontierten Schatzanweisungen	11 497 094	7 785 820
Erträge aus Grundstücken der Bank	30 035	30 349
Gewinn beim Verkauf eines alten Bankgrundstückes	29 288	163 343
Verschiedene Einnahmen, darunter 52 736 (95 608) Mk. Gewinn auf eigene Wertpapiere	274 070	332 620
Ausgaben.		
Verwaltungskosten	20 465 798	20 292 742
Für Anfertigung von Banknoten	1 734 422	1 430 851
An den preussischen Staat gezahlt gemäss § 6 des Vertrages von 1875	1 865 730	1 865 730
Notensteuer	3 862 051	2 564 438
Auf zweifelhafte Forderungen reserviert	655 169	1 191 103
Verlust auf Gold	166 723	267 296
Verlust durch gefälschte Banknoten	258 000	316 000
Reserve für in Aussicht genommene Gehaltsnachzahlungen	1 320 000	650 000
Verlust durch die Veruntreuungen eines Unterbeamten	1 442	—
Kassenmankos, für die Beamte ersatzpflichtig zu machen waren	1 006	—

Der Ueberschuss pro 1909 beläuft sich auf 23 081 509 Mk. gegen 37 036 432 Mk. pro 1908. Die Reichskasse erhält als Gewinnanteil 12 506 132 (23 052 324) Mk., die Anteilseigner 10 494 000 (13 986 000) Mk.

Die Gesamtumsätze bei der Reichsbank im Jahre 1909 haben 331 032 004 700 Mk. betragen (1908: 305 244 504 800 Mark). Der Bankzinsfuss war im Durchschnitt des ganzen Jahres 3,925 Proz. gegen 4 764 Proz. und 5 764 Proz. im Vorjahre. An Banknoten waren im Umlauf: als höchste Summe 2 071 512 000 Mk. am 31. Dezember, durchschnittlich 1 576 532 000 Mark (1908: 1 524 142 090 Mk.); es sind damit gegen das Vorjahr durchschnittlich 52 390 009 Mk. mehr im Umlauf gewesen. Die Steuergrenze ist achtzehnmal überschritten worden. Der Bestand der Giroguthaben (mit Ausschluss der der Reichs- und Staatskassen) ergab: als höchste Summe 420 582 000 Mk. am 7. Mai, als niedrigste 254 911 000 Mk. am 15. November und durchschnittlich 304 224 000 (1908: 285 303 000) Mk. Bei den Giroübertragungen war der höchste Bestand 184 009 000 Mk. am 15. April, der niedrigste 81 590 000 Mk. am 29. Mai und der durchschnittliche 121 522 000 (1908: 116 646 000) Mk. Die Zahl der Kontoinhaber war am Jahresschluss: 24 835 (24 821). Der Bestand der Guthaben der Reichs- und Staatskassen betrug: als höchste Summe 691 516 000 Mk., am 15. Mai, als niedrigste 159 223 000 Mk. am 7. Januar und durchschnittlich 296 017 000 (1908: 246 540 000) Mk.

Der Metallbestand der Bank (d. i. der Bestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mk. berechnet, betrug: als höchste Summe 1 152 264 000 Mk. am 23. Juni, als niedrigste 909 656 000 Mk. am 30. September, durchschnittlich 1 046 333 000 (1908: 1 019 065 000) Mk.

Durchschnittlich belief sich der Bestand an:

	Mk.	Mk.
Gold in Barren und fremden Münzen auf	328 791 000	(208 744 000)
Gold in deutschen Münzen	466 460 000	(576 451 000)
	795 251 000	(785 195 000)
Talern	—	(7 445 000)
Scheidemünzen	251 082 000	(226 425 000)
	1 046 333 000	(1 019 065 000)

Im Durchschnitt des ganzen Jahres waren von den umlaufenden Noten 66,37 (1908: 66,86) Proz. durch Metall gedeckt. Die Metalldeckung der umlaufenden Banknoten und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 45 51 (1908: 46,89) Proz. Die Gesamtsumme aller angekauften Wechsel und der zur Einziehung gelangten Auftragspapiere stellt sich auf 5 221 025 Stück mit 10 850 051 Mk. (1908: 5 295 403 Stück mit 10 257 516 961 Mk.). Die am Jahresschluss im Stocken befindlichen Wechselforderungen betragen 7 329 904 Mark. Von der Reserve für zweifelhafte Forderungen im ursprünglichen Betrage von 4 357 900 Mk. sind zur endgültigen Abschreibung benutzt worden 13 069 Mk., demnach noch vorhanden 4 344 830 Mk. Für die übrig gebliebenen, die neu hinzutretenden und die in den beiden ersten Monaten des Jahres 1910 fälligen zweifelhaften Forderungen sind zu reservieren 5 000 000 Mk., mithin dieses Mal mehr 655 169 Mk., die von dem Gewinn für 1909 abgezogen worden sind.

Das Jahr 1910 ist das letzte, in dem die Reichsbank unter den Bestimmungen des alten Bankgesetzes arbeitet. Am 1. Jan. 1911 treten die durch die Novelle vom 18. Mai 1909 geschaffenen Neuerungen in Kraft, insbesondere findet vom 1. Januar 1911 ab eine

neue Regelung der Gewinneinteilung

statt, durch die die Bezüge der Anteilseigner eine Beeinträchtigung erfahren. Von diesem Zeitpunkte ab sind nämlich die Modalitäten der Gewinnverteilung folgende: Die Anteilseigner erhalten von dem Jahresgewinn wie bisher eine erste Dividende von 3½ Proz.; von dem verbleibenden Rest werden den Anteilseignern ¼, dem Reiche ¾ überwiesen, doch werden von diesem Reste 10 Proz. dem Reservefonds zugeschrieben, die je zur Hälfte auf Anteilseigner und Reich entfallen.

Der steuerfreie Notenumlauf, der bis zum 31. Dezember 1910 auf 472 829 Mill. Mk. begrenzt ist, wird vom 1. Januar 1911 ab auf 550 Mill. Mk., an den Quartalen auf 750 Millionen Mark erhöht. Das kann für die Anteilseigner der Reichsbank von Vorteil sein, weil möglicherweise die Notensteuer von 5 Proz. in der Folge einen geringeren Betrag erfordern wird.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 4. März.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	–	–	Hugo	5000	–
Alexandershall	10.700	11.120	Immenrode	5650	5850
Beienrode	6300	7000	Johannashall	4300	4500
Burbach	14,700	15,000	Justus I	118	120
Carlsfund	7700	7900	Kaiseroda	9500	9800
Cecilienhall	–	–	Krügershall-Akt.	122½	123½
Desdemona	8500	8900	Ludwigshall	109	111
Dtsch. Kali-Akt.	141½	142½	Neustassfurt	13,500	14,200
Deutschland	4800	5000	Reichskrone (Lossa)	1200	1300
Friedrichshall	103	105	Roland	–	–
Glückauf Sondershausen	17,800	18,500	Ronneberg (Akt.)	125	127
Günthershall	5100	5250	Rothenberg	2800	2900
Hann. Kali-Akt	–	–	Sachsen-Weimar	5750	5900
Hansa	4250	4550	Schieferkaute	–	–
Hattorf Vorz.-A.	–	–	Siegfried I	5800	5950
Heldburg	85½	86½	Sigmundshall	175	–
Heldrungen I	2800	2900	Teutonia-Akt.	124	126
Heldrungen II	2800	2900	Wilhelmshall	12,850	–
Hermann II	–	–	Wintershall	16,000	16,300
Hohenfels	8650	8850			
Hohenzollern	5200				

Der Verband österreichischer Seidenindustrieller hat beschlossen, infolge der Preissteigerung für Baumwollgarne und erhöhter Kosten für die Ausrüstung eine Erhöhung der Preise eintreten zu lassen.

Anhaltische Kohlenwerke in Halle. Aus Berlin, 1. d. M., wird uns geschrieben: „Zu dem Vorschlage der Verwaltung wegen Ausgabe von 3 Mill. Mk. Obligationen ist noch zu berichten, dass zunächst ungefähr nur ein Drittel des Betrags begeben werden soll, und zwar soll der Erlös zum Bau einer zweiten Brikettfabrik auf den neuen Anlagen Verwendung finden. Die neue Grube, deren Kosten zusammen mit denen der ersten Brikettfabrik 6 Mill. Mk betragen haben, ist nach Meinung der Verwaltung imstande, auch eine weitere Brikettfabrik, deren Kosten nur etwa 1¼ Mk. Mill. Mk. betragen, mit Rohmaterial zu versehen. Man erhofft dadurch eine Selbstkostenverbilligung. Jedenfalls will die Verwaltung nicht hinter anderen neugegründeten Kohlenwerken zurückstehen, die ebenfalls Doppelfabriken angelegt oder projektiert haben.“

Vereinigte Hanfschlauch- und Gummiwarenfabriken zu Gotha, A.-G. Nach dem Rechenschaftsbericht für 1909 erfuhr der Umsatz in der Abteilung für technische Gummiwaren bei gutem Beschäftigungsgrad während des ganzen Jahres eine weitere Steigerung mit angemessenem höhern Verdienst. Der Umsatz der Pneumatik-Abteilung konnte wieder erheblich gesteigert werden. Im Ausland wurden wertvolle Beziehungen angeknüpft, der Verdienst erlitt aber durch die ungewöhnlich hohen Rohgummipreise, denen die Erzeugnispreise nicht gefolgt sind, eine Schmälerung. Für die für das laufende Jahr in befriedigendem Umfang getätigten Abschlüsse konnte die Gesellschaft bessere Verkaufspreise erzielen. Nach 91 026 (i. V. 73 734) Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 402 668 (367 599) Mark, woraus 14 (i. V. 15) Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital mit 308 000 (270 000) Mk. verteilt und 35 925 (41 986) Mk. vorgetragen werden sollen. Aus dem Vermögensausweis ist hervorzuheben, dass die Waren mit 1 147 841 (1 016 188) Mk. und Ausstände mit 608 124 (579 446) Mk. zu Buch stehen. Anderseits belaufen sich die Verbindlichkeiten auf 326 314 (779 785) Mk. Das neue Jahr habe sich befriedigend angelassen. Es stehe zu hoffen, dass es gelingen wird, die geschäftliche Lage mit der Entwicklung des Rohgummimarktes in Einklang zu bringen.

Weidaer Jutespinnerei und Weberei Akt.-Ges., Weida. Der Geschäftsbericht für 1909 führt aus, dass trotz einer 20proz. Einschränkung in den ersten drei Quartalen, einer 15proz. im 4. Quartal und trotz grosser Exportquantitäten die Produktion vom Inlandskonsum nicht aufgenommen wurde, so dass sich die Vorräte in Geweben nicht unwesentlich erhöhten. Für Garne fand dagegen die Produktion Abnehmer. Produziert wurden Garne 5,48 Mill. (i. V. 5,20 Mill.) kg, Gewebe 8.57 (8,82) Mill. m, Säcke 3,06 (2,87) Mill. Das Warenkonto erbrachte 1 491 621 (i. V. 1 763 979) Mk., während die Betriebsspesen 1 145 573 (1 201 702) Mk. erforderten. Nach diesmal auf 100 000 (150 000) Mark reduzierten Abschreibungen ergibt sich, einschliesslich 133 226 (82 807) Mk. Vortrag, ein Reingewinn von 258 811 (356 413) Mk., voraus 6 (9) Proz. Dividende verteilt und 126 359 Mark vorgetragen werden. Bei 1,80 Mill. Mk. Grundkapital sind aus der Bilanz die Warenvorräte mit 1 Mill. (1,07 Mill.) Mark hervorzuheben. Den 0,93 Mill. (0,91 Mill.) Mk. Kreditoren stehen 0,41 Mill. (0,37 Mill.) Mk. Debitoren gegenüber. Im laufenden Jahre sei der Auftragsbestand grösser als je; er erreichte fast die Höhe einer Jahresproduktion. Da die Gesellschaft mit Rohmaterial günstig eingedeckt sit, so sei ein befriedigendes Ergebnis zu erhoffen, falls die Abnahme der Ware glatt vor sich gehe, was im abgelaufenen Jahre nicht der Fall war. Die weitere Entwicklung hänge von dem Schicksal des am 1. Januar 1911 ablaufenden Verbandes der deutschen Juteindustriellen ab.

Der Aufsichtsrat der Federstahl-Industrie-Gesellschaft A.-G. in Kassel schlägt auf das erhöhte Aktienkapital wieder 12 Proz. Dividende vor. Die Beschäftigung ist stark.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse 4. März. Am Frühmarkt notierten: Weizen inländ. 223,00 224.00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 155,50 156,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkisch, mecklenburger, pomm., preuss., posenscher u. schlesischer fein 171 bis 180, mittel 165 - 170, gering 161—164, russischer und Donau mittel 156 162, gering — – — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 154 157, türkischer mixed — - —, runder 155,00 160,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 140.00 bis 145,00, gute 146 156, russische und Donau leichte 130,00 134,00, schwere 135—143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 163—169, Taubenerbsen 170—182 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 27,00—30,25. Roggenmehl 0 u. 1 19,20—21,30. Weizenkleie 11,50—12,50. Roggenkleie 11,25 bis 12,00 Mark.

Hamburg, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen still, Ostholst. Mecklbg, 186—210. Roggen still, Mecklburg. und Pomm. 158—164, Gerste ruhig, südruss. 111.50. Hafer ruhig, Mecklenburger 166 bis 178,00. Mais ruhig, La Plata – —.

Pest, 4. März. Weizen still, per April 13,49G., 13,50 B., per Mai 13,25 G. 13,26 B., per Okt. 11,00 G., 11,01 B. Roggen per April 8,75 G., 8,76 B., per Okt. 8,18 G., 8,19 B. Hafer per April 7,37 G. 7,38 B. Mais per Mai 6,32 G., 6,33 B.

Antwerpen, 4. März. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per März 6,00, Mai 5.92, Juli 5,82½, Sept. 5,77, Nov. 5,67 Fr. Umsatz 205,000 kg. Still.

Liverpool, 4. März. Roter Winterweizen per Mai 7,10, per Juli 7,9⅜. Fest. Mais, bunter, amerikanischer per März 5,4⅝.

Zucker.

Halle a. S., 3. März. Rohzucker. Während der letzten Berichtswoche vollzog sich an unserem Rohzuckermarkte bei reger Kauflust der Raffinerien eine erneute Preisbesserung von ca. 50 Pfg. per Ztr., die Fabriken vielfach zur Verringerung ihrer Lagerbestände benutzten. Nachprodukte konnten bei wenigem Angebot und guter Nachfrage in ungefähr gleicher Weise im Werte gewinnen. In neuer Ernte entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft bei ca. 30 Pfg. per Ztr. höheren Preisen. Als Käufer kam in erster Linie der Export in Betracht. Gegen Ende der Woche trat ein nicht unbedeutender Rückschlag ein, der jedoch zum Teil wieder eingeholt wurde. Der Umsatz des hiesigen Bezirks in alter und neuer Ernte beträgt ca. 130 000 Ztr.

Magdeburg, 4. März. Kornzucker 88% ohne Fass 14.25 - 14.40 Nachprodukte 75% ohne Sack 11,85 12,05. Still. Brodraffinade I ohne Fass 24,12—24.37, Kristallzucker I. mit Sack –,—, Gemahlene Raffinade mit Sack 23,87 24,12. Gemahlene Melis mit Sack 23,37 bis 23,62. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt. trans. frei an Bord Hamburg per März 14 37 G., 14,40 B., April 14,42 G., 14,45 B., Mai 14,47 G., 14 50 B., August 14,70 G., 14,62 B., Sept. —, G., –,– B., Okt. 11,95 G., 11,97 B., Oktober-Dezember 11,75 G., 11,77 B., Nov. 11,62 G., 11,67 B., Nov.-Dez. 11,65 G., 11,70 B., Dez. 11,67 G., 11,72 B., Januar-März 11,80 G., 11,85 B. Stetig.

Hamburg, 4. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends	
per März	14,25	14,32½	14,45	Mk.
„ April	14,30	14,37½	14,50	„
„ Mai	14,37½	14,45	14,60	„
„ August	14,52½	14,57½	14,72½	„
„ Okt.-Dez.	11,70	11,70	11,75	„
„ Jan.-März	11,80	11,80	11,85	„
	behauptet	ruhiger	fest	

Kaffee.

Hamburg, 4. März. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	36¼ G.	36½ G.	36½ G.
„ Mai	36¾ G.	37 G.	37 G.
„ September	37 G.	37¼ G.	37¼ G.
„ Dezember	37 G.	37¼ G.	37¼ G.
	schleppend	behauptet	behauptet

Havre, 4. März. Kaffee good average Santos per März 48, per Mai 47¾, per Sept 47, per Dez. 46¾.

Rio de Janeiro, 4. März. Kaffee-Zufuhren 9,000 Sack in Rio 11,000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 4. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,50—21,00. Feuchte Stärke 10,40.

Magdeburg, 4. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21.00—21,50.

Spiritus.

Nordhausen, 4. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96.50 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—105 l) 85.75—86,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,75—96,75 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 4. März. Rüböl loko 59,00, per Mai 58,50.

Hamburg, 4. März. Stadtschmalz 75,50, amerik. Steam 66,25, Chamberlain 68,75.

Chemische Produkte.

Hamburg, 4. März. Chilisalpeter per loko 8,77½, Febr.-März 8,92½ frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 4. März. Baumwolle still. Upl. loko middl. 75,75 Pfg.

Liverpool, 4. März. Aegyptische Baumwolle per März 15,31.

Alexandria, 4. März. Aegyptische Baumwolle per März 31,08, Juli 31,05, Nov. 24,00.

Liverpool, 4. März. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, davon Import 5,000 Ballen, davon Amerikaner 2,000 Ballen.

Metalle.

London, 4. März. Chili-Kupfer kstetig 60¼, 3 Mon. 61⅝, Zinn Straits ruhig 149½, 3 Monat 151. Blei span., stetig 13¼, englisch 13⅝. Zink gewöhnliche Marke, träge 23¼, spez. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	4.3.	3.3.	Chicago.	4.3.	3.3.
Weizen p. Mai	121⅛	121	Weizen p. Mai	113¼	113⅛
„ „ Juli	113	112⅞	„ „ Juli	105	104⅞
Mais p. Mai	73½	74	Mais p. Mai	63⅜	63⅝
„ „ Juli	74⅜	74⅞	„ „ Juli	65¼	65½
Mehl Spring clears	4,65	4,65	Hafer p. Mai	45¾	46¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8 12	8,12	„ „ Juli	43⅛	43¼
„ p. März	6,90	6,90	Roggen p. Mai	79	79
„ p. April	6 95	6,95	Schmalz p. Mai	13.40	13.32
Petroleum in Cases	10,30	10,30	„ „ Juli	13,30	13,22
do. in New York	7,85	7,85			
do. in Philadelphia	7,85	7,85			

Tendenz: Weizen stetig. Mais willig.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 5. März Amerika. 12. März Pretoria. 19. März Graf Waldersee. 26. März Kaiserin Auguste Victoria. 2. April President Lincoln. 9. April President Grant. 14. April Amerika. 23. April Pennsylvania. — Nach Boston und Baltimore: 8. März Bosnia. 22. März Bethania. — Nach Philadelphia: 3. März Georgia. 15. März Pisa. — Nach New Orleans: 4. März Hoerde. — Nach Westindien: 3. März Venetia. 5. März Odenwald. 7. März Syria. 19. März Sachsenwald. — Nach Mexiko: 3. März Bolivia. 14. März Fürst Bismarck. 18. März Antonina. — Nach Ostasien: 4. März Silesia. 11. März Silvia. 17. März Senegambia. 25. März Arcadia. — Nach Wladiwostok und Nicolajewsk a. Amur: 5. April Nordfarer, Queen Eugenie und Ben Vrackie. 15. April John Hardie. — Arabisch-Persischer Dienst: 26. März Cheruskia.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, – unter Null.)

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	3. März +1,56	4. März +1,50	6	—
Nebra, Oberpegel	„ +2,20	„ +2.14	6	—
„ Unterpegel	„ +2,08	„ +1,96	12	—
Weissenfels, Oberpegel	„ +2,92	„ +2,86	6	—
„ Unterpegel	„ +2.20	„ +1,94	26	—
Trotha	3. „ +3,54	4. „ +3,30	24	—
Alsleben, Oberpegel	3. „ +2,99	4. „ +2,89	10	—
„ Unterpegel	„ +3,48	„ +3,34	14	—
Bernburg	„ +2,88	„ +2.64	24	—
Kalbe, Oberpegel	„ +2,24	„ +2,18	6	—
„ Unterpegel	„ +2,90	„ +2.70	20	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.

	März		Fall	Wuchs		März		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	3.	+0,30	10		Wittenberg	4.	+3,32	–	4
Laun	„	+0,86	17	—	Rosslau	„	+2,87	—	8
Budweis	„	+0,23	5		Barby	„	+3,23	—	–
Prag	„	–	–	—	Schönebeck	„	+3,04	—	2
Pardubitz	„	+0,34	18	—	Magdeburg	„	+2,72	—	–
Brandeis	„	+1,15	6	—	Tangermde.	„	+3,64	—	7
Melnik	„	+1,16	14	—	Wittenbrge.	„	+3,26	—	18
Leitmeritz	4.	+1.08	14	—	Dömitz	3.	+2,46	—	10
Aussig	„	+1,45	16	—	Boizenburg	„	+2,18	—	8
Dresden	„	+0.03	20	—	Hohnstorf	4.	+2,42	—	8
Torgau	„	+2,47	17	—	Lauenburg	„	+2,43	—	8

Aussig, 4. März. Pegelstand plus 146 cm. Vom Oberlauf werden 102 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0005
DFG

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
J 1. Jan. 4 1 Apr. 7 1. Juli O 1. Okt. a 1.1.7. d 1.4.10. g 15.3.9. k 15.6.12. q₁ quartaliter 1.1.4.7.10.
F 1. Febr. 5 1 Mai 8 1. Aug. N 1. Nov. b 1.2.8. e 1.5.11. h 15.4.10. l 11.5.12. q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1. Mrz. 6 1. Juni 9 1. Sept. D 1. Dez. c 1.3.9. f 1.6.12. i 15.5.11. v versch. q₃ do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 4. März 1910

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd. 12. — 1 fl. holl.: 1.70. — 1 M. Banco: 1.50 — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%. Lombardzinsfuß 5%. Privatdiskont 3⅛%. Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.				Thorn 01 u 11	d	4		Siames. Anl.	v	4½	96.75bG	DuxBod. Gold	a	4	98.00G	Pr Ctr Bd. 99	a	4	93 90bG	H BodenAG 2	a	4	97.00B	Patzenhofer	O	11	233 50bG	Cöln-Müsen	7	0	114.00bB	Kön. Mar. VA.	1	6	107.00bG	Schöll. Eit Kg	5	5	105.00G
Dt. Rchs. Sch.	d	4	100.75bG	Weimar	a	3½	92.30G	Span. Sendkl	q₁	4		do. inKronen	a	3	78.10G	do. v. 03 u. 12	a	4	100.00b	H BodenAG 1	a	3½	89.60bG	Pfefferberg	O	7½	180.50bG	Concordia B.	7	6	278.00bB	Kgsb Lagerh	8	6	110.00G	Schotten St.	9	11	176.25b
do. 1.4.12	d	4	100.75bG	Wiesb 79/83	r	3½	95.90G	Türk AdmAnl	e	4	88.40bG	Dux-Prag. G.	a	3	79.10G	do. v. 06 u. 16	a	4	100.40G	R. Pnolog G. 2	d	4½	94.00bG	Schoneb Sch	O	8	194.50bG	do. chem.	7	13	213.00bG	do. Walzm.	1	8	122.50bG	Schomburg	O	7	146.00B
do. 1.7.12	a	4	100.75G	Worms 01	a	3½	100.50bG	do. Bagd.-A.	e	4	87.10bG	Kasch. O. Gld	a	4	96.25G	do. v. 07 u. 17	a	4	100.90b	Nordaus. K. 2	d	*4½	101.10bG	Schultheiss	9	14	252.50bG	do. Sonner.	1	7½	153.00bG	do. Zellst.	4	20	302.50bG	Schoneberk	7	0	72.90b
Pr. Schatz 12	a	4	101.75G	Zerbst 05 II	a	3½	—.—	do. do. priv.	c	4	—.—	do. Silb. 89	a	4	95.40G	do. v. 09 u. 19	a	4	100.90bG	Nordd. Eisw. 3	d	*4	95 60G	Spandauer B	O	4	134.25G	Consolidat.	1	20	395.00G	Königsborn	1	10	202.75b	Schönebg-F	4	12	193.00B
do. 13	d	4	101.10bG	**Deutsche Pfandbriefe**				do. unifz. 03	c	4	94.75b	Lmo. Czn. stl.	e	4	95.30G	do. v. 86. 89	a	3½	91.10bG	Nordd. Lloyd	d	4	100.80G	Warenbsh. kv.	O	10	214.50bG	ContElNrbVA	4	4	90.50G	Königszelt P.	7	6		Schoening	5	6	117.50bG
Dt. Rchs.-Anl	v	3½	93.90G	Berlin. Pfdb.	a	5	119.00G	do. do. 05	e	4	87.00bG	Oest. U. St. 95	e	4		do. v. 94. 96	a	3½	90.90G	do.	d	4	96.75bB	do. St.-Pr.	O	12	236 00bG	do. Wasserw.	1	7½	144 25bG	Korbisd. Zck	4	10	180.10b	Schonw. Pr.	1	0	91.00bG
do. do.	d	4	102.30G	do. do.	a	4½	107.30G	do. do. 08	a	4	87.80bG	do. t. g. II	e	3	—.—	do. v. 04 u. 13	a	3½	91.80G	ObschlEisb 3	a	*4	38.25G	Victoria	O	3	91.25bG	Cotto. Masch	O	3	92.60G	Gör. Körting	1	6	137.00bG	Schott Rhdt.	1	5	107.00G
do. do.	v	3	84.80bG	do. do.	a	4½	103.25G	do. 400Fr.	—	frc.	177.50B	Raab Oedb. G	d	5	106.75B	do. A.-O. v. 01	a	4	100.30G	do. u. 1912 3	c	*4½	103.10G	**Auswärtige**				Creitw. Pap.	7	12	223.00b	Körting's El.	1	6½	126.10b	Schftg. Huck	1	12	122.25G
[illegible]				[illegible]				Ung. Goldrnt.	a	4	—.—	Südöst. (Lb.)	a	3	76.90G	do. do. 1908	a	4	101.30G	do. Eis.-Ind.	a	*4	—.—	Boch. Victor.	8	7	117 25bB	Delmnh. Lin	1	13	232 0b	Kosth Cell.	1	12	202.25G	Schub & Sz.	4	20	375.25b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100305013/fragment/page=0006
DFG